

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3 Mark jährlich, 1.00 monatlich, 1.00 wöchentlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnements: 1.20 Mark pro Monat. Einigenorts in die Post-Verbindungsstellen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erstausgabe täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Rubrikgebühr über deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Artikel und Besprechungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zweiwöchige festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Einmalige und Schlußzeilenanzeigen des ersten Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
 Sonntag, den 14. Januar 1917.
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Das Echo der Ententenote.

Nach dem Notenwechsel.

Es ist schwer, dem Mann im Schützengraben zu sagen, daß die Kette seiner Leiden und Entbehrungen noch nicht abgeschlossen ist, es ist schwer, den Dahingeblichenen verständlich zu machen, daß sie auf die Rückkehr ihrer Lieben aus dem Felde noch nicht rechnen können und daß sich in dieser trüben Zeit noch kein Lichtblick öffnet, der einen nahen Ausgang erhoffen läßt. Aber wer die Note des Zehnverbundes an Wilson gelesen hat, der weiß, was die Glocke geschlagen hat. Wir müssen weiter — es hilft nichts!

Klagen ist leicht — aber wer ein Mittel weiß, den Grund der Klagen zu beheben, der mag es sagen; er kann sicher sein, daß er sich damit den Dank der ganzen Menschheit verdienen wird. Wer dieses Mittel nicht weiß, tue nicht, als wüßte er es! Nichts wäre verwerflicher als die Spekulation auf die politische Unwissenheit. Zweifellos gibt es auch in Deutschland immer noch Leute — wir wollen nicht annehmen, daß es viele sind — die entweder politische Zusammenhänge nicht begreifen können, oder deren Mißtrauen so groß ist, daß sie auch vor den klar zutage liegenden Tatsachen krampfhaft die Augen verschließen. Die Stimmung dieser Leute ist, so wenig wie die unruhe, rüsig, und das Bedürfnis nach Entlastungen, sei es auch nur in Kraftworten, ist groß. Wenn der russische Bauer Grund hat, mit seinem Geschick unzufrieden zu sein, so geht er nach Hause und prügelt seine Frau. Und die Landleute des italienischen Südens sollen mit ihren Heiligen ähnlich verfahren, wenn ihre Gebete um Regen oder Schönm Wetter kein Gehör finden. Solche Methoden, sich von drückenden Stimmungen Befreiung zu schaffen, sind eines gebildeten Volkes unwürdig, und man tut dem Volk nichts Gutes, wenn man ihm rat, sich ihrer zu bedienen.

An die wahren Schuldigen der Kriegsverlängerung können wir nicht heran. So wird der politisch Unausgeklärte nicht schwer dazu zu bringen sein, auf das ihm Erreichbare blindlings loszuschlagen. Eine schimpfliche Demagogie fände hier ein reichgefügtes Feld — aber keiner wird sich zu ihr bekennen, der noch ein Gewissen im Leibe hat.

Heute liegen die Dinge klar. Sind die veröffentlichten Noten echt oder sind sie unecht? Sind sie echt, und kein vernünftiger Mensch kann an ihrer Echtheit zweifeln, dann steht es so, daß die Mittelmächte bereit sind, sofort einen Frieden der „vollen Gleichberechtigung“ zu schließen, während der Zehnverband den Krieg fortsetzen will, um Länder zu erobern und sich die Völker der Mittelmächte tributpflichtig zu machen. Für einen Sozialisten, der die Pflicht der nationalen Verteidigung anerkennt und Eroberungskriege bekämpft, ergeben sich die Konsequenzen daraus von selbst. Wenn wir die Pläne unserer eigenen Eroberungspolitik bekämpfen — und das haben wir stets mit der größten Entschiedenheit getan — so müssen wir uns mindestens ebenso nachdrücklich gegen die Pläne jener wenden, die Eroberungen auf Kosten unseres Landes machen, die über unser eigenes Volk ewige Hungertnachtschaft verhängen wollen.

Frieden wird nicht eher möglich sein, als bis die Gegner einsehen werden, daß sie ihre Ziele nicht erreichen können. Diese Einsicht der Gegner zu fördern, ist jetzt die wichtigste Aufgabe für jeden deutschen Friedensfreund. Je einiger, je geschlossener sich das ganze deutsche Volk in diesem Punkte zeigt, desto eher ist eine Beendigung des Krieges zu erhoffen. In jeder Uneinigkeit würden die Gegner aber einen neuen Anreiz finden, den Krieg weiterzuführen, in der Hoffnung, ihr Ziel, die Zerstörung Deutschlands, schließlich doch erreichen zu können.

Aus den Reihen der Unsicheren, Halben ist einmal das Wort gefallen: „Ja, wenn die Russen an der Ober stehen, dann bewilligen auch wir die Kriegskredite!“ Ist es denn nicht an der Zeit, so zu handeln, als ob die Russen an der Ober ständen? Der zitierte Ausspruch kann doch nur besagen: „Wenn einmal die Notwendigkeit der Landesverteidigung klar erwiesen ist, dann stimmen auch wir für die Bewilligung der erforderlichen Mittel.“ Wer aber kann die Notwendigkeit der Landesverteidigung bestritten, wenn er die Note des Zehnverbundes an Wilson gelesen hat?

Es gibt noch ein Mittel, die Wiederkehr des Friedens zu beschleunigen; es besteht darin, daß wir deutsche Sozialisten einig vor die Sozialisten der feindlichen Länder treten und ihnen sagen: Unsere Regierung hat erklärt, einen Frieden annehmen zu wollen, der auf gegenseitiger Achtung und völliger Gleichberechtigung beruht. Eure Sache ist es nun, eure Regierungen zu einer ähnlichen Erklärung zu veranlassen. Eure Aufgabe ist es, die Kriegsverlängerer in eurem Lande ebenso entschieden zu bekämpfen, wie wir die unseren bekämpfen haben. Bei euch sind die Kriegsverlängerer an der Regierung, bei uns sind sie es nicht. Schafft Ordnung in eurem Hause, fordert

von euren Herrschenden, daß sie auf ihre wahnwitzigen unerreichen Kriegsziele verzichten. Helft uns, Frieden machen!

Dieses Mittel mag seinen Zweck erreichen oder nicht, jedenfalls ist es das einzige, das uns als Sozialisten übrig bleibt. Aber die Voraussetzungen für eine solche einige Friedensaktion der deutschen Sozialdemokratie sind, wie man weiß, heute nicht gegeben. Volle Einigkeit wird sich nicht erzielen lassen. Aber wir appellieren noch einmal an den Verstand und das Gewissen jener Parteigenossen, die bisher noch nicht den Mut gefunden haben, einen begangenen offensichtlichen Fehler zu verbessern. Gegen Irrtümer ist kein Politiker gefeit, aber wer sich durch Tatsachen nicht belehren läßt, wer aus Nechthaberei und Verrantheit im entscheidenden Augenblick nicht die Kraft zur Umkehr findet, bleibt ewig ein verlorener Mann.

Da die Gegner den Krieg mit dem eingestandenem Ziel der Zerstörung Deutschlands wollen, ist es die Pflicht der Regierung, ihn so nachdrücklich wie möglich zu führen. Sie ist dafür verantwortlich, daß kein taugliches Mittel der Verteidigung unbenutzt bleibt, aber auch dafür, daß nicht Mittel angewandt werden, die in ihrer Wirkung in das Gegenteil umschlagen.

Um den Verteidigungswillen des Volkes ungebrochen zu erhalten, müssen sorgfältig alle Fehler vermieden werden, die zu berechtigtem Unwillen Anlaß bieten. Krieg ist ein Kampf gegen den Tod und die Schwäche, die unsere Gegner in unsere Reihen tragen wollen, darum muß er auch als Kampf gegen die schweren Mängel unserer Lebensmittelversorgung geführt werden. Die nächste Stufe wird uns, wenn vielleicht auch nicht mehr im Kriege, so doch noch in einer sehr schweren Zeit finden. Planmäßige Produktion in der Landwirtschaft und — endlich — eine einigermaßen zureichende Verteilung des Vorhandenen sind notwendig, wenn wir über die uns bevorstehenden harten Monate in eine etwas hellere Zukunft blicken wollen.

Aber auch die irdischen Kräfte des Volkes bedürfen aufmerksamer Pflege, und nichts wäre besser imstande gewesen, sie zu ungeahnter Leistungsfähigkeit zu heben und auch das Beste aus ihnen herauszuholen, als die Sicherung des freihetlichen Ausbaues aller staatlichen Einrichtungen nach dem Kriege.

Auf diesen beiden Gebieten sind schwere Versäumnisse begangen worden, die zu tabeln wir nicht aufhören werden, solange sie nicht gutgemacht sind. Das Volk hat ein Recht zu wissen, daß es diesen entsehrlich schweren Kampf für nichts und niemanden kämpft als für sich selber und für eine freiere, glücklichere Zukunft seiner Nachkommenschaft, die jetzt ahnungslos auf der Straße Krieg spielt, die aber nie die entsehrliche Härte und Schwere des Ernstes spüren soll, die wir jetzt tragen. Tragen, weil wir sie tragen müssen, und die wir aufrecht tragen müssen, weil wir entschlossen sind, uns und unseren Kindern noch Schwereres zu ersparen! Krieg ist unser Schicksal, Frieden bleibt unser Ziel!

Wirkungen der Ententenote.

Da die Entente-Antwort an den Präsidenten Wilson einzig dem Willen der Kriegsinteressenten der Ententeländer gehorcht hat, setzt der Jubel nicht in Erstarken, der aus der Presse dieser Interessenten hallt. Sie bejubeln ihr eigenes Werk, und also kann man in dieser Stunde ihre Nähe meiden. Sie wollen den Bogen über das äußerste hinaus spannen, und so fällt nun ihnen die Verantwortung zu, daß ihr Bogenholz nicht in zwei Teile zerbricht vor ihre Füße fällt.

Wichtiger als ihr Geschrei sind heute die Stimmen, die über dem Wohlwinnshörang der Gewalt die Vernunft nicht verloren haben. Diese Stimmen kommen vorweg aus neutralen Ländern, aber natürlich nicht aus ihnen allein. Auch die von der Kriegskredite unmittelbar gereizten Völker haben bereits daran teil, und ihre Stimmen, das darf man vermuten, werden sich mehren. Ihre Bedeutung wird in Zukunft stärker noch sein als je bisher. Es wird sich zeigen, daß nicht die Note der Entente fortan die Stimmung der Welt beherrscht, sondern immer wieder und immer mächtiger die deutsche Friedensnote und ihre große Nachwirkung: die zur Aussprache anregende Note der Vereinigten Staaten.

Welche Wirkung die Antwort der Entente in Amerika haben wird, darauf sammelt sich jetzt das Interesse. Die wenigen Meldungen, die diesem Erwarten heute entsprechen, teilen wir in folgendem mit, und aus der Mut von Presäußerungen, die sonst vorliegen, sei einiges, das als besonders beachtenswert gelten kann, angefügt:

In Amerika.

Washington, 13. Januar. (Neuermeldung.) Die Antwort der Entente wurde im Kabinett besprochen. Hierauf konferierte Lansing mit Wilson.

London, 13. Januar. „Daily News“ erfährt aus Washington, daß Präsident Wilson einigermaßen enttäuscht sei, daß die Ententemächte keine Möglichkeit zu Friedensverhandlungen offengelassen hätten. Man glaube in amtlichen Kreisen, daß die Antwort der Alliierten der Erwartung eines baldigen Friedens ein Ende mache. Die Bedingungen seien viel zu schwer, als daß Deutschland sie in Erwägung ziehen könnte.

Amsterdam, 12. Januar. Reuter meldet: New York World betrachtet die genaue Aufzählung der Bedingungen in der Antwort der Entente an Wilson als ein Maßstab, das nur im Falle eines vollkommenen Zusammenbruchs Deutschlands und Österreich-Ungarns erreicht werden kann. Das Blatt nennt diese Bedingungen unmoralisch in zwei unwichtigeren Punkten, nämlich in der Zuteilung von Gebiet an Italien und Rumänien, das, wie das Blatt betont, diesen niemals gehört habe.

Die entschiedenen deutschfreundlichen amerikanischen Zeitungen betonen, daß die Antwort höchst schwer im Tone sei. Man wünscht, wenn man es nicht besser wüßte, wären, daß die Alliierten diese Bedingungen in Berlin ablehnten. Die Mittelmächte würden sie so niemals annehmen. Wenn die Forderungen aufrechterhalten würden, so werde kein Friede kommen, bis nicht ein Teil gesiegt habe oder beide vollständig erschöpft am Boden lägen.

Französische Stimmen.

Bern, 13. Januar. (W. Z. V.) In den lauten, enthusiastischen Ton, den die französische Presse bei Besprechung der Note an Wilson angeschlagen bemüht ist, mischt sich bei den Wätlern, die seit Kriegsausbruch noch einige Selbständigkeit bewahrt haben, ein Gefühl der Unsicherheit. So erklärt „Bonnet Rouge“, zur Verwirklichung der Kriegsziele der Entente blieben leider nur zwei Mittel übrig, die völlige Erschöpfung des Gegners oder entscheidende Siege. Man tue besser daran, auf die Erschöpfung nicht zu rechnen. Ein entscheidender Sieg an der West- oder Ostfront sei nur dann erzielt, wenn die deutschen Heere bis nach Deutschland zurückgedrängt seien. Ob das möglich sei, wisse man nicht; immerhin müsse man annehmen, daß die Ententeregierungen sich nicht vorzähnen zu ihren Kriegsziele verpflichtet hätten. Die Völker müßten also warten. — „Le Devoir“ schreibt: Es sind nicht diese beiden Noten, die uns den Sieg bringen werden, dazu gehört noch etwas anderes. — Hervé scheint auch nicht sehr sicher zu sein, denn er wendet sich mit der Frage an Wilson, ob er nicht finde, daß die Sache der Entente heilig sei und worauf er dann noch warte, um die Waffen zu ergreifen und dem Recht der Zivilisation und der Menschheit zu Hilfe zu eilen.

Basel, 13. Januar. Die „Basler Nachrichten“ veröffentlichen ein Pariser Telegramm über die Haltung der französischen Presse, in dem es (laut „L. A.“) wörtlich heißt: Eine interessante Tatsache wird in der französischen Presse kaum bemerkt: das Fehlen der Kriegsziele Englands. Man macht sich auf ein Zusammenstoßen aller Kräfte bei der Gegenpartei gefaßt. Kein Mensch erwartet von Deutschland die Annahme der Friedensbedingungen der Entente. Man gibt sich nur darüber Rechenschaft, daß nur die Waffen imstande sind, die abschwebenden Streitfragen zu lösen. Da aber die Frage des Friedens einmal aufgeworfen war, so hatte man keine andere Wahl, als dazu Stellung zu nehmen. Für den Feind wird es schwierig fallen, aus der Note etwas anderes herauszulesen als die Weigerung der Entente, vor der militärischen Entscheidung sich auf Unterhandlungen einzulassen.

Wenn aber die Absicht der Entente doch fehlschlägt...

Zürich, 13. Januar. Die „Zürcher Post“ schreibt u. a.: Die Entente möchte die furchtbar drückende Verantwortung ablehnen und sie dem Gegner zuschieben. Auch das geht, wie schon jetzt gesagt werden kann und muß, auf keinen Fall an. Die Mittelmächte waren immerhin zu einem Ausgleichsbereit. Es ist der Wille der Entente, wenn ein solcher Ausgleichsfrieden heute nicht zustande kommt. Sie beharrt noch wie vor darauf, Deutschland und seinen Bundesgenossen einen Frieden, wie sie ihn will, zu diktiert. Wenn dann schließlich nach dem ungeheuerlichen Ringen die Absicht der Entente doch fehlschlagen sollte und doch ein Kompromißfrieden abgeschlossen werden müßte, dann müßte freilich der Spruch des Weltgeschicks, die das Weltgericht ist, über die Note der Entente vom 10. Januar verantwortlichen Männer fürchterlich lautca.

Die Aufgabe der Arbeiterparteien in den Ententeländern.

Amsterdam, 13. Januar. (Sig. Ber.) „Der Volk“ nennt die Note der Entente ein imperialistisches Welt Herrschaftsprogramm, an dessen völlige Ausführbarkeit die Autoren selbst schwerlich glauben. Für die Arbeiterparteien in den Ententeländern bleibt die Aufgabe, den Regierungen klarzumachen, daß ihre eigenen Kriegsziele mit der Landesverteidigung erschöpft sind.

Die griechische Regierung an Wilson.

Athen, 12. Januar. Amtlich. Die griechische Regierung hat dem Präsidenten Wilson folgende Antwortnote überreichen lassen:

Die königliche Regierung hat mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen von dem Schritt, den der Präsident der Vereinigten Staaten bei den Kriegführenden unternommen hat in Hinblick auf die Beendigung eines grausamen Krieges, der auf der Menschheit lastet. Außerordentlich empfänglich für die Mitteilung, die ihr gemacht wurde, schätzte sie in hohem Maße den ersten Schwung wie den von Grund aus humanitären Geistes, der diesen Schritt des weisen Staatsmannes diktiert, der die Geschichte der großen amerikanischen Republik leitet und einen ehrenhaften Frieden für alle und die Stärkung einer stabilen Lage der internationalen Beziehungen anstrebt. Dieser Schritt bedeutet eine erinnerungswürdige Seite im Buch der Geschichte. Die Betrachtungen, die in der Note des Präsidenten enthalten sind bezüglich der

Leiden der neutralen Nationen

Infolge des gewaltigen Kampfes, ebenso die Garantien, die von den beiden kriegführenden Parteien gegeben werden sollen, um die Rechte und die Sicherheit aller Staaten zu sichern, haben in der Seele Griechenlands ein ganz besonders sympathisches Echo gefunden.

In der Tat gibt es kein Land, das unter diesem Kriege ebenso gelitten hätte, wie Griechenland, obwohl es dem Kampf ferngeblieben ist. Infolge der ganz besonderen geographischen Lage konnte Griechenland weniger als jedes andere neutrale Land sich einer direkten und verderblichen Einwirkung der Feindseligkeiten zwischen den Kriegführenden entziehen. (Wiede im Telegramm.) In diesem Augenblick noch seiner Flotte beraubt und fast vollständig entwaffnet, ist unser Land demütigt durch eine künstliche Blockade, die Gewinn zieht aus der fremden Okkupation. Es ist eingeschlossen durch die fremde Blockade, die die Verbindungen unterbricht und die friedliche Bevölkerung dem Hunger ausliefert, indessen die vollkommen friedlichen Personen, wie Frauen und Kinder, die nach den elementarsten Regeln des Völkerrechts davon verschont sein müßten, selbst wenn Griechenland im Kriege stünde. Dennoch bemüht sich Griechenland, mit allen möglichen Mitteln, neutral zu bleiben. Das Gefogte genügt, um zu zeigen, wie sehr jene Initiative, die den Frieden herbeiführen könnte, ganz abgesehen von humanitären Erwägungen außerordentlich geeignet ist, den Lebensinteressen Griechenlands zu dienen.

Die königliche Regierung würde sich denn auch gewiß beeilen, unter den ersten dem ersten Schritt des Präsidenten beigetreten nach Möglichkeit ihrer ganzen Macht, damit er von Erfolg gekrönt würde, wenn sie nicht außerstande wäre, mit der einen Gruppe der Kriegführenden zu verkehren, während sie gegenüber der anderen Gruppe die Lösung außerordentlicher Schwierigkeiten abwarten muß, die gegenwärtig die Lage Griechenlands beherrschen. Aber die königliche Regierung verlor mit ganzem Herzen die kostbaren Bemühungen des Präsidenten und bringt ihre aufrichtigsten Wünsche dar für deren Gelingen. Nachdem die Regierung seit den ersten Tagen des europäischen Krieges an die

Verstellung eines Kontaktes zwischen den Neutralen

gedacht hat zum Zwecke, die gemeinsamen Interessen wahrzunehmen, ist sie glücklich über die ihr gebotene Gelegenheit zu einem demütigsten Meinungsaustausch, wenn dies als opportun betrachtet werden könnte, und erklärt sich bereit, im gegebenen Augenblick teilzunehmen an einer Aktion, die zum Zwecke hat die Schaffung eines dauerhaften Friedens, der die Rechte aller Staaten sichern und ihre Souveränität und Unabhängigkeit gewährleisten würde.

Kriegsmeinungen belgischer Sozialisten.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Das offene und entschiedene Eintreten Camille Huysmans für die Friedensaktion Wilsons und der Beschluß der Weihnachtskonferenz der belgischen Sozialisten in Holland hat die nationalsozialistische Klätterpresse, die in verschiedenen Städten Hollands mit Subventionen ihr Leben fristet, in Zorn gebracht. Bei ihrem Bemühen, Huysmans belächeln und seine Vorgesetzten zu verächtlichen, findet sie Unterstützung bei einigen Herren, die aus ihrer Vergangenheit den Normand schöpfen, als „Sozialisten“ das Wort zu verlangen. So bei dem nun seinen Antwerpener Wählern längst abgetanen Dr. Terwagne, einem feilen Mann auf einem feilen Platz — der Herr ist das bittere Brot des Grills, verfährt dieses mit dem sehr reichlichen Direktorgehalt des belgischen Preßbüros im Haag —, und dem Literaten Pierard, der selber ganz foudroye Verse gemacht hat und jetzt schmückerige Artikel schreibt. Daß dieses Treiben Erfolg haben sollte, ist höchst unwahrscheinlich. Die Versammlungen, die Huysmans in verschiedenen Orten abgehalten hat, sind durchweg mit unbestrittenen Zustimmungsbefehlen besetzt worden. Und was die Antwerpen an anderen Stellen anlangt — nun, den Hebern gegen die Internationale ist erst neulich das Unglück passiert, daß sie sich, als sie Huysmans wegen seiner Verurteilungen mit Scheidemann und Oberl beischimpft und die Internationale zum schandvollsten Male talgefagt hatten, erfahren mußten, daß drei belgische Minister es für angezeigt gehalten hatten, in einer bekannten Angelegenheit an die lebendige Internationale offiziell zu appellieren.

Es ist begreiflich, daß sich die Denkart jener belgischen Sozialisten, die in der Sphäre der Armees oder der leitenden Entente treibe geblieben sind, mit größerer Mühe von den Vorstellungen und Gefühlen der ersten Kriegszeit freimacht. Die diplomatische Bedeutungslosigkeit der einander folgenden Erklärungen Vanderveldes ist bekannt, weniger die Hartnäckigkeit, womit gerade die Führer des sogenannten marxistischen Flügels der belgischen Arbeiterpartei, Genéris de Man und Louis de Broeckere — welcher letzterer doch sehrzeitig in der „Neuen Zeit“ einen scharfen Blick für die imperialistischen Rivalitäten gezeigt hat, aus denen der Weltkrieg hervorgegangen ist —, am Schwagwort des „Krieges bis ans Ende“ und an den ethischen Phrasen des Entente-Legions festhalten. Eine entsprechende Abschottung der Meinungen, je nach der Entfernung von den großen Meinungsfabriken in Paris und London, kann man natürlich auch bei den Angehörigen anderer politischer Parteien untercheiden. Sogar der „Telegraaf“ hat

neulich in einem Bericht von der belgischen Grenze die Friedenssehnsucht der Bevölkerung geschildert. Bemerkenswert ist auch, daß der einflußreiche liberale blamische Abgeordnete Cauwelaert die Wilsonsche Aktion begrüßt und entschieden darauf gedrungen hat, daß die belgische Regierung die Möglichkeit eines wirklichen Friedens nicht unbenuzt lasse.

Ueber die Meinung der Arbeitermassen in Belgien selbst läßt sich natürlich schwer ein Urteil gewinnen, um so mehr, als dort die allgemeinen politischen Auffassungen in ihrer Entwicklung durch Leidenschaften, die aus unmittelbaren Bedrückungen entstehen, gestört werden müssen. — Bemerkenswert ist, daß jetzt in Flandern auch eine sozialistische „Aktivist“-Gruppe unter dem Namen „Blaamische Sozialdemokratische Arbeitergemeinschaft“ ins Leben gerufen worden ist. Sie erklärt auf keine Ablösung von der Arbeiterpartei hinzuwirken, aber für die nationalen Rechte der Flamen propagandistisch einzutreten. Die Gründung geht von der Antwerpener Ortsgruppe der „Blaamische Sozialistische Jange Wachten“ aus. Zweifellos sind die von der belgischen Regierung verlangten Maßnahmen radikaler blamischer Intellektuelle der Agitation zugute gekommen. In der konstituierenden Versammlung wurde den sozialistischen Vertretern, u. a. Edm. Anseele, wegen ihrer Haltung in der Genier Hochschulsache ein Tadel ausgesprochen. — Ueber die Bedeutung der ganzen Sache wird man einwärtlich skeptisch denken dürfen.

Griechenlands Antwort nicht bestimmt genug

London, 12. Januar. Das Reutersche Bureau meldet, es erfährt, daß die Antwort Griechenlands auf das Ultimatum der Alliierten zwar im wesentlichen als eine Annahme der Forderungen betrachtet werde, aber angesichts der gegenwärtigen Lage nicht genau und bestimmt genug sei. So stimme die Antwort der Forderung auf unersüßliche Freilassung der gefangenen gehaltenen Einzelkämpfer zu, sehr aber keinen Termin dafür fest. Es seien bereits Anweisungen bezüglich der Antwort nach Athen telegraphiert worden. Der griechischen Regierung werde mitgeteilt werden, daß ihre Antwort zwar Befriedigung hervorgerufen habe, doch aber bestimmte Zusicherungen notwendig seien. Eine fünfzehntägige Frist für die Ausführung der Forderungen der Alliierten, von der an einigen Stellen die Rede gewesen sei, komme nicht in Frage, und es bestehe nicht die Absicht, die Blockade aufzuheben, bevor die Forderungen der Alliierten voll bewilligt seien. Ein großer Teil der britischen Kolonie habe Athen bereits verlassen, doch seien die Vertreter der Alliierten noch immer auf ihren Posten.

Der rätselhafte Goltzin.

Von dem neuen russischen Ministerpräsidenten weiß man nur das eine: daß er kriegerisch ist. Alles andere aber steckt im Dunkeln. Auch in der französischen Presse weiß man nicht mehr. Der „Temps“ legt in einem Leitartikel zum Rücktritt des russischen Ministerpräsidenten Trepow auseinander, daß eine Einmütigkeit in London zum Friedensschluß nicht zu befürchten sei, denn der Zar und seine Völker seien entschlossen, bis zum Siege auszuharren.

Das „Echo de Paris“ führt aus, daß Trepow mit der Duma nicht zusammenarbeiten konnte, weil er nicht gründlich genug mit der Tradition seines Vorgängers aufgeräumt habe. Die „Humanität“ betont, daß der neue Ministerpräsident Goltzin nicht mehr sei als ein Bureaukrat und daß ein Zusammenarbeiten zwischen ihm und der Duma ebenso schwierig sein werde, wie zwischen der Duma und seinem Vorgänger. Es bleibt zunächst abzuwarten, ob Goltzin sich von dem Minister des Innern trennen und sein in einem Zeitungsinterview gegebenes Versprechen halten wird, den Zusammentritt der Duma nicht wieder hinauszuschieben.

Ueber die Persönlichkeit des neuen Ministerpräsidenten sagt der „Temps“: Er ist 1850 geboren, war in den siebziger Jahren in der Landwirtschaftskommission für das Königreich Polen im Ministerium des Innern tätig und wurde 1881 Unterdirektor des Volkswirtschaftsdepartements im Ministerium des Innern, im Jahre 1885 wurde er Gouverneur von Archangel und 1915 wurde er zum Mitglied des Reichsrates ernannt. Es sei bemerkt, daß die liberalen englischen Blätter „Daily Chronicle“ und „Daily News“ sagen: Dieser Goltzin habe sich im Reichsrat durch seine fortschrittliche Gesinnung hervorgetan und sei namentlich durch eine Rede gegen die bunten Mächte des russischen Reichs hervorgetreten. „Daily Chronicle“ sieht darin bereits einen Sieg der Duma. „Daily News“ ist vorsichtiger und meint, daß die Protopopow-Periode gezeigt habe, wie wenig Vertrauen man in die politische Ueberzeugung russischer Staatsmänner setzen dürfe, wenn sie erst an die Regierung gekommen seien. Uebrigens bewiesen Pressestimmen aus Petersburg, daß man mit dieser neuen Ernennung keineswegs zufrieden sei. Wie die „Weschnaja Wremja“ aus angeblich autoritativer Quelle erzählt, erlangte die schärfere Richtung, die alle Zugeständnisse an die Duma ablehnt und eventuell vor energischen Maßnahmen nicht zurückschreckt, entschieden die Oberhand.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, befragte ein Vertreter der „Weschnaja Wremja“ den neuen Justizminister Dobrowolski nach seinem Programm. Der Minister gab zu, daß die von Trepow während des letzten großen Dumaantritts kurz vor der Verlegung mitgeteilte Niederschlagung der Prozesse gegen Suagomlow, Rubinstein und Manassewitsch berechtigtes Aufsehen erwecke. Man müsse aber das Verhältnis zwischen der inneren und äußeren Politik berücksichtigen. Die Staatsinteressen verlangen unter Umständen Maßnahmen, die Uneingeweihten als eine Preisgabe der Grundsätze der Rechtspflege erscheinen können. Bezüglich seiner Stellung zur Nationalitätenfrage antwortete Dobrowolski ausweichend.

Die endgültige Bestätigung Protopopows als Minister des Innern erschien am 8. Januar. Seit 7. Januar werden alle russischen Zeitungen an der Grenze zurückgehalten.

Geheime Sitzung des dänischen Reichstags.

Kopenhagen, 12. Januar. Die beiden Häuser des Reichstags sind für nächsten Dienstag zu einer gemeinsamen geheimen Sitzung zusammengerufen worden. In der Geheimsitzung, der in politischen Kreisen mit großem Interesse entgegen gesehen wird, wird der Minister des Äußeren Mitteilungen über die gegenwärtige internationale Lage, namentlich in handelspolitischer Beziehung machen.

Die kritische Wendung der norwegischen Thronrede.

Kopenhagen, 13. Januar. „Berlingske Tidende“ meldet aus Kristiania: Von der Thronrede findet der Teil, der von Meinungsverschiedenheiten zwischen Norwegen und den kriegführenden Mächten spricht, die größte Aufmerksamkeit. Es ist das erste Mal, daß in dem seit mehr als hundert Jahren bestehenden Storting eine solche Beunruhigung erregende Wendung gebraucht wurde. In der Regel wurden in den Thronreden andauernd freundschaftliche oder befriedigende Beziehungen zu allen Mächten festgesetzt, 1916 mit der Abänderung, daß die freundschaftlichen Beziehungen aufrechterhalten wurden. In diesem Jahre hat man also diese Wendung nicht gebrauchen können.

Maßregeln zur Anfüllung der Armees in England.

London, 13. Januar. „Times“ berichtet, daß gestern in Downing Street ein wichtiger Ministerrat über die Verstärkung der Armees und die allgemeine Dienstpflicht stattfand. Lord George, Henderson, Chamberlain, Brotherton, Lord Rhondda und Lodge nahmen daran teil. Die bereits getroffenen Maßregeln zur Anfüllung der Armees sollen noch ausgedehnt werden. Man erwartet, daß jedermann unter 31 Jahren, der körperlich geeignet ist, zum aktiven Militärdienst aufgerufen werden wird.

„Unnützlich und schlecht“

Renouvel gegen das Dreijährigesetz.

Bern, 12. Januar. Pariser Blätter melden, daß im Heeresauschuß der französischen Kammer der Sozialist Renouvel erklärte, die Ereignisse hätten gezeigt, daß das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit unnützlich und schlecht sei. Sofort nach Friedensschluß werde die sozialistische Partei ihre Bemühungen für die Einführung der militärischen Theorie Jaurès wieder aufnehmen. Der Vorsitzende Maginot erwiderte, die dreijährige Dienstzeit sei kein unantastbares Dogma, aber der Augenblick sei nicht geeignet, die Frage wieder zur Sprache zu bringen.

Auf fast allen Gebieten und in allen Ländern wird es Geschehen geben, die der Krieg als überholt oder unzulänglich erwiesen hat. Der Kampf, den der Krieg vorbereitet, fordert starke, geschlossene Reihen.

Ein italienisches Linienschiff vernichtet.

Rom, 12. Januar. Das Marineministerium teilt mit: Da ernsthafte militärische Gründe gegen die Veröffentlichung der folgenden Mitteilungen weggefallen sind, kann bekanntgegeben werden, daß in der Nacht zum 11. Dezember das Linienschiff „Regina Margherita“ unterwegs auf zwei Minen gestoßen und gesunken ist. Das Ereignis vollzog sich in wenigen Minuten wegen der Schwere der Zerkleinerung des Schiffskörpers, infolge deren das Schiff mit dem Bug voran sank. Von 945 Mann, die sich an Bord befanden, wurden die meisten in die Tiefe gerissen und verschwanden mit dem Schiff. Ungünstige Umstände machten die Rettung der Ueberlebenden sehr schwierig, deren immerhin 270 geborgen werden konnten. Der Kommandant des Schiffes und 14 Offiziere sind unter den Vermissten.

Außer den bisher veröffentlichten Schiffsverlusten ist kein weiterer Verlust festgestellt worden; seit einiger Zeit in der Öffentlichkeit verbreitete gegenteilige Nachrichten sind durchaus falsch.

Das Ereignis fällt also zeitlich zusammen mit der von deutscher Seite gebrachten Meldung, daß ein großes französisches Kriegsschiff im Mittelmeer vernichtet worden sei.

Bern, 13. Januar. Laut „Corriere della Sera“ befand sich der Oberkommandierende in Albanien, Bandini, mit an Bord des untergegangenen italienischen Linienschiffes „Regina Margherita“.

Englische Kriegswirtschaft.

England sieht sich gezwungen, am 1. Februar Kriegsbrot einzuführen und es sollen alle deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen als Landarbeiter verwendet werden. Die drohende Lebensmittelnot veranlaßt sogar die englische Aristokratie, große Teile ihrer bisher sorgfältig gehegten Parks der Landwirtschaft nutzbar zu machen. Der Earl of Berkeley hat neuerdings seinen seit 700 Jahren bestehenden Wildpark zur landwirtschaftlichen Verwertung freigegeben sowie das dort gehegte Wild für Ernährungszwecke abschleichen lassen. In Vorkriegszeiten, hat man sogar einen rund 1 Hektar umfassenden Kirchhof mit Weizen bestellt! Ohne große Zufuhren kann England trotzdem nicht auskommen. Die Regierung hat aber auch die Aufhebung der sogenannten Dauerweiden beschlossen, wodurch die hochentwickeltesten Rasseviehzucht ganz empfindlich betroffen werden muß, weil dann die Ausfuhr hochwertiger Rassezuchttiere, z. B. nach Südamerika, vollständig schiefgelegt werden wird. Es müssen ungemessene wichtige Gründe vorliegen, die England veranlassen, augenblicklicher kleiner Erfolge halber eine so folgenschwere Maßnahme zu treffen.

Rotterdam, 13. Januar. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die neuen einschränkenden Lebensmittelbestimmungen sind jetzt erlassen. Das neue Einheitsbrot wird vom 29. Januar an gebakken werden. Das Brot muß entweder aus Weizen, der zu 81 Proz. ausgemahlen ist, hergestellt werden, oder das Mehl muß mit Hafer-, Weizen-, Gersten- oder Reismehl vermischt werden. Krainer Weizen darf nur zu Sauten oder zu Mehl verwendet werden. In Zukunft darf kein Getreide an Hasen oder anderes Wild verfüttert werden. Der Zusatz von Zucker bei verschiedenen Artikeln muß auf die Hälfte vermindert werden. Schokolade darf nicht teurer verkauft werden, als um 4 Schilling das Pfund, und andere Süßigkeiten dürfen nicht mehr kosten als 2 Schilling 8 Pence das Pfund. Es dürfen keine Kuchen mit Zucker oder Schokoladenglasur hergestellt werden. Für die Fabrikation von Schokolade darf keine Milch mehr verwendet werden. Die Ausfuhr von Hafer aus Irland vor dem 1. April ist verboten. Der Engrospreis für Kartoffeln vom Jahre 1916 ist auf 8 Pfund Sterling für 1000 Kilogramm festgesetzt.

Kampf um Serre — Fortschritte nördlich des Stanic-Tales — Russenangriffe im Ditoz-Tal — Am Sereth Mihalea erstürmt — Verteidigung von Stravina.

K. u. k. Großes Hauptquartier, den 13. Januar 1917. (B. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Rüdlich der Ancre setzte der Engländer heute zu neuen Angriffen gegen Serre an. Sie wurden größtenteils blutig abgewiesen. In einer Vorstellung setzte sich der Feind fest. Wir halten die Hauptstellung.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Die Geschützaktivität blieb gering.

Front des Generalsoberst Erzherzog Joseph.
Durch erfolgreichen Angriff deutscher Truppen wurde nördlich des Stanic-Tales erneut Gelände gewonnen. In den ihm entzogenen Stellungen ließ der Feind 7 Maschinengewehre, 7 Minenwerfer, große Mengen Gewehr- und Handgranaten zurück. 4 Offiziere, 170 Mann wurden gefangen genommen.

Beiderseits des Ditoz-Tales blieben starke feindliche Angriffe gegenüber der tapferen Verteidigung deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen erfolglos. In erbittertem Nahkampf wurden dem Gegner große Verluste zugefügt.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.
Am Zusammenfluß von Bugaul und Sereth nahmen Bulgaren ein von den Russen noch gehaltenes Kloster.

Nordwestlich von Braits führten türkische Truppen den Ort Mihalea. Von der russischen Besatzung wurden 400 Mann gefangen, der Rest, welcher zu entkommen versuchte, ertrank im Sereth. 10 Maschinengewehre sind erbeutet.
Im übrigen lag harter Nebel auf den Kampffeldern.

Mazedonische Front.

Ostlich der Cerna gegen Stravina vorgehende feindliche Kompagnien wurden zurückgeworfen.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 13. Januar 1917. Abends.
An West- und Ostfront keine besonderen Ereignisse.

Der österreichische Bericht.

Wien, 13. Januar 1917. (B. Z. V.) Amtlich wird verkündet:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Mihalea, westlich Boden, wurde durch serbische Truppen geküret. 400 Mann und einige Maschinengewehre blieben in der Hand des Angreifers. Gleichzeitig nahmen die Bulgaren ein noch von den Russen gehaltenes Kloster nördlich des Duzauz-Tales nördlich dessen Mündung. Beiderseits des Ditoz-Tales wiesen österreichisch-ungarische und deutsche Kräfte russische Angriffe, zum Teil im Handgemenge, restlos ab. Nördlich des Stanic-Tales wurde durch Angriff deutscher Abteilungen Gelände gewonnen. Vier Offiziere und 170 Mann wurden gefangen, 7 Maschinengewehre und 7 Minenwerfer erbeutet.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Lage unverändert.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Noch weniger aber kann die Parole zu einer solchen Verfassungsänderung (!) Anlaß geben, unter welcher die Sozialdemokratie dem nächsten Wahlkampfe entgegenmarschiert; hat sie doch mit dankenswerter Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß ihr Ziel völlig unverändert ist: Klassenkampf im Innern, eine von internationalen Anschauungen ausgehende Politik, die für das Deutsche Reich eines Tages tödlich sein müßte, noch ehe. Darin freilich hat der „Vorwärts“ recht: Die Entscheidung der nächsten Reichstagswahlen wird von grundlegender Wichtigkeit sein. Auch bei ihnen wird um die Zukunft des deutschen Volkes gerungen werden. Der Kampf wird gehen auf der einen Seite um ein starkes Deutsches Reich, das sich der Kräfte, durch die es groß geworden ist, bewußt bleibt; auf der anderen Seite um die Vernichtung der Grundlagen, auf denen wir groß und stark geworden sind, und damit um die Untergrabung unserer weiteren Zukunft. Auf der einen Seite um das starke Kaiserreich der Hohenzollern, auf der anderen um die Herrschaft einer zunächst irrtümlich demokratischen Demokratie, an deren Ende die Republik steht. Doch die Gestaltung der Verhältnisse im Reich, die während der Kriegszeit dazu beitragen konnte, den „Vorwärts“ mit der Genugtuung und den Wünschen zu erfüllen, die er zu diesem Tage äußert, das ist nicht der letzte Grund, weshalb wir dem Reichstagsjubiläum mit anderen Empfindungen gegenüberstehen, als denen reiner Genugtuung und Anerkennung.

Die unüberlegte Redensart von der „Verfassungsänderung“ gibt uns Anlaß, daran zu erinnern, daß diese von uns angeblich geforderte „Verfassungsänderung“ weiter nichts ist als die Wiedereinführung des nach dem Wahlergebnis von 1867 geltenden gesetzlichen Zustandes. Die Empfindungen, mit denen die „Deutsche Tageszeitung“ die innere Entwicklung während des Krieges begreift, können wir dagegen vollkommen würdigen; sie erhöhen unsere Zuversicht in die Zukunft!

Nur keine Vermögensabgabe!

In einer Versammlung des nationalliberalen Vereins zu Hannover hat der Abg. Stresemann die Finanzfrage eingehend besprochen. Er wandte sich auch gegen die Idee eines Friedens ohne Sonderwerb und Kriegsschadigungen, und wies auf die schwierige finanzielle Lage hin, in die Reich, Bundesstaaten und Gemeinden nach dem Kriege kommen würden, wenn es nicht gelänge, eine Kriegsschadigung zu erlangen. Im Zusammenhang hiermit erörterte er den Gedanken einer eventuellen Deckung der Kriegsschuld durch die lebende Generation in Form einer Vermögensabgabe. Diese Ausführungen Stresemanns scheinen nun Finanzkreisen, die der nationalliberalen Partei nahe stehen, starkes Herzschloßen verursacht zu haben. Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offizielle Organ der nationalliberalen Partei, sieht sich veranlaßt, die Rede Stresemanns in diesem Punkte zu interpretieren. Sie schreibt:

„Diese Ausführungen sind vielfach insofern falsch verstanden worden, als man aus dieser Rede die Forderung einer solchen Vermögensabgabe herausgehört hat, während Dr. Stresemann seinerseits ausführte, daß eine derartige Vermögensabgabe nicht nur etwa die Bestehen des Reiches, sondern auch den Unternehmungsgeist in Deutschland unter Umständen derartig herabdrücken würde, daß nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Arbeiter und die ganze Volkswirtschaft dabei die Leidtragenden sein würden.“

Wer sich erinnert, welche Kraft seinerzeit die Finanzkreise einsetzten, um den Wehrbeitrag ausdrücklich als einen einmaligen festzulegen, der versteht diese Angst der Finanzkreise vor einem neuen Wehrbeitrage.

Die Mitglieder des Kriegswucheramts.

Der preussische Minister des Innern hat folgende 28 Herren als Mitglieder in den beratenden Ausschuss des bei dem Polizeipräsidenten Berlin errichteten Kriegswucheramts berufen:

- Vorstandsdirektor Georg Bernhard, Schriftsteller Kallisi, Chefredakteur Voeder (Deutsche Tageszeitung), Professor des Strafrechts Dr. Thomsen, Prof. Dr. Dohs, Arbeitersekretär Rob. Schmidt, Prof. Dr. Lisch, Oberbürgermeister Kaiser in Reußhau, Dr. Zeite, Bög (Berl. Beamten-Wirtschaftsverein), Dr. August Müller, Prof. Dr. Kühner, Bürgermeister Dr. Adigen (Dortmund), Prof. Leidig, Rittmeister und Gutsbesitzer Lehme, Landrat a. D. von Treßlow, Warenhausbesitzer Oskar Rich in Berlin, Prof. Dr. Zimmermann, Landwirt Heistermann, Geymann (Generalsekretär des landwirtschaftlichen Genossenschaftler), Gennes (Reichsverband deutscher Landwirtschaftlicher Genossenschaftler), Arbeitersekretär Giesbert, Gustav Hartmann (Deutsche Gewerkschaften), Obermeister Fr. Schmidt, Obermeister Kriehle, Kaufmann Richard Mel, Kaufmann Hugo Kronfeld, Kaufmann Sem. Levy.

Die Eisenbahnfrage.

In Berlin fand gestern unter dem Vorsitz des Ministers der öffentlichen Arbeiten eine Konferenz der Präsidenten sämtlicher

preussischen Eisenbahndirektionen und der Generaldirektion der Reichseisenbahnen statt.

Hauptgegenstand der Tagesordnung war die Aussprache über die gegenwärtige Betriebslage und über Maßnahmen zu ihrer Erleichterung.

Reichstagsabgeordneter Meding gefallen.

Der Reichstagsabgeordnete v. Meding hat auf dem Schlachtfelde den Tod gefunden. Ein an ihn gerichteter Brief des Reichstagsbüros kam mit dem Vermerk zurück: „Gefallen“.

Meding, der im 49. Lebensjahre stand, vertrat den 15. hannoverschen Wahlkreis Helsen-Büchow, der 1912 von der deutsch-hannoverschen Partei der Reichspartei in Stichwahl mit den Nationalliberalen abgenommen wurde. Aus seinem Leben vermerkt Meding im Reichstagshandbuch, daß er nach seiner Dienstzeit als Einjährigfreiwilliger Bizefeldwebel und Offiziersaspirant geworden, nicht zur Offizierswahl zugelassen wurde. Er fiel jetzt als Leutnant der Reserve.

Er ist der zweite Reichstagsabgeordnete, der sein Leben auf dem Schlachtfelde befaßt. Der erste war unser unbergelicher Ludwig Frank.

Die Hamburger Bürgerschaft genehmigte den Gesetzentwurf betreffend Hinausschiebung der Bürgerchaftswahlen, durch den die Amtsdauer der Bürgerchaftsmitglieder um ein weiteres Jahr verlängert wird.

Letzte Nachrichten.

Die dänische „Politiken“ zur Entente-Note.

Kopenhagen, 13. Januar. „Politiken“ erklärt zu den Friedenskundgebungen der Entente, daß keine politische Partei in Deutschland diese Bedingungen annehmen könne, es schein somit, daß die Friedenserörterung, die der Reichskanzler vor einem Monat einleitete, vorläufig abgebrochen sei, und daß man sich für den Frieden, wieder „Vorwärts“ kürzlich schrieb, wenn das Wort Frieden einmal gefallen sei, werde es aus den Erörterungen nicht wieder verschwinden, denn es gebe nicht ein Land in Europa, wo die Friedenssehnsucht nicht in der Zunahme begriffen sei, und sie werde noch weiter zunehmen, wenn die Ententenote bedeuten sollte, daß der Krieg noch eine Zeitlang unter noch furchtbareren Formen fortgesetzt werde als bisher.

Branting gegen die Entente!

Stockholm, 12. Januar. Die Antwortnote der Entente an Präsident Wilson macht in Schweden einen sehr schlechten Eindruck. Die Blätter aller Parteien stimmen darin überein, daß die genannten Friedensbedingungen unakzeptabel sind.

In „Sozialdemokraten“ schreibt Branting, der sonst immer auf Seiten der Entente stand, er müsse zugeben, daß die Forderungen der Entente die des vollständigen Siegers seien. Die Sache der Freiheit und Demokratie aber könne nicht dadurch triumphierten, daß eine Mindergruppe den Fuß auf den Nacken der anderen setze. Außerdem lasse der bisherige Verlauf der Ereignisse es als wenig glaubhaft erscheinen, daß eine Partei einen solchen vollständigen Sieg erringen werde. Zuletzt sucht auch er seine Enttäuschung hinter der Forderung zu verbergen, daß jetzt die Mittelmächte gleichfalls ihre Bedingungen angeben müßten.

Der Pariser Munitionsarbeiterstreik.

Paris, 13. Januar. „Bonnet Rouge“ meldet, ein Kriegsrat für die Landesverteidigung werde alsbald die Beilegung aller Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern übernehmen.

Munitionsminister Thomas erklärte einem Mitarbeiter des „Petit Parisien“, wo sich Widerstand von Arbeitgebern oder Arbeitern gegen die Festsetzung von Herstellungspreisen für Kriegsmaterial oder Lohnstarife zeige, werde die Regierung die Fabriken und Werkstätten beschlagnahmen und die Arbeiter in Staatsdienst nehmen.

Entspannung der griechischen Lage?

Paris, 13. Januar. „Agence Havas“ meldet aus Athen, die Annahme des Ultimatum des Bierverbandes durch die griechische Regierung sei von dem friedliebenden Teil der griechischen Bevölkerung freudig aufgenommen worden und habe eine glückliche Entspannung der Lage herbeigeführt. Die Regierung habe die Durchführung der geforderten Maßregeln begonnen; viele Säge mit Truppen und Kriegsmaterial gingen nach dem Peloponnes ab. General Kallaris, Kommandierender General des 1. Armeekorps (Athen), dessen Befestigung der Bierverband gefordert hätte, habe um Urlaub nachgehakt. Die halbamtlichen Blätter melden, daß die Militärbehörden den Militierten sechs Batterien mit Zubehör übergeben hätten. Andererseits habe eine Versammlung von 3000 Menschen unter Oulbigungen für den König ihrem Widerspruch gegen die Annahme des Ultimatum Ausdruck gegeben.

Der Belagerungszustand in Portugal aufgehoben.

Lissabon, 13. Januar. (Neutermeldung.) Der Belagerungszustand ist aufgehoben worden.

Zeppelin-Alarm in Paris.

Paris, 12. Januar. Havasmeldung. Da von der Front Meldungen kamen, daß Zeppeline und feindliche Flieger gegen Lüben flogen, wurden die vorgesehene Sicherheitsmaßnahmen Donnerstag abend in Paris getroffen. Um 6 Uhr 45 Minuten nachmittags ließen die Sirenen des befestigten Platzes Paris das Signal erklingen: „Achtung, Luftangriff!“ Die Polizei ließ sofort alle Lichter auslöschen. Das Signal zur Beendigung des Alarms wurde um 7 Uhr 40 Minuten abends gegeben.

Holländisches Ausfuhrverbot.

Haag, 13. Januar. Die Ausfuhr von Porzellan, Schilf, Sinen und allen Produkten daraus ist verboten.

Passagierschiff in der Südjsee gescheitert.

London, 11. Januar. Der Passagierschiff „Maitai“ ist auf einer Reise bei Waratunga (eine der Cook-Inseln) gescheitert. Passagiere, Post und Lebung wurden an Land gebracht.

Politischer Film verboten.

London, 11. Januar. „Morning Post“ berichtet, daß die Darstellung des Films „Ireland a Nation“, der in Dublin gezeigt wurde, und der Epochen aus der irischen Geschichte behandelt, in ganz Irland verboten wurde.

Die Opposition gegen Tisza.

Budapest, 13. Januar. (Z. U.) Der Vizepräsident der Karolyi-Partei Graf Theodor Batthanyi erklärt, die Aktion der Opposition gegen das Kabinett Tisza bezwecke die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in Ungarn.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 12. Januar. Amtlicher Bericht.
Mazedonische Front: Zwischen Orhida und Prespase machten die bulgarischen und die verbündeten Truppen Fortschritte. Von der übrigen Front ist außer schwachem Artilleriefeuer an einigen Punkten nichts von Bedeutung zu melden.

Rumänische Front: Feindliche Monitore beschossen Tulcea. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Tulcea und Iaccea. In Tulcea wurden Frauen und Kinder getötet. Zahlreiche Häuser sind zerstört. Vor Iaccea versenkten wir durch Artilleriefeuer einen feindlichen Schlepper.

Der Seekrieg.

Die Internierten des „Eber“. „Temps“ meldet aus Buenos Aires: Der Minister des Kaufens hat verfügt, daß die deutschen Matrosen vom Kanonenboot „Eber“, die auf der Insel Martin Garcia interniert sind, an Bord des österreichischen Dampfers „Sensitiv“ gebracht werden sollen, der im Hafen von Bahia Blanca liegt. Hundert argentinische Marinejoldaten werden mit der Ueberwachung betraut.

Bericht. Die Besatzung des versenkten Dampfers „Bille du Harre“ wurde durch den norwegischen Dampfer „Camilla“ in Lissbon ausgeschifft. — Londs meldet: Der norwegische Dampfer „Cuba“ hat — wie berichtet wird — die Besatzung des dänischen Dampfers „Judorg“, der am 10. Januar von einem Unterseeboot versenkt wurde, aufgenommen. — Londs meldet: Der britische Dampfer „Excellent“ (1944 Brutto-Registertonnen) ist wie man glaubt, gesunken. — Ferner meldet Londs, daß der russische Dampfer „Kuba“ versenkt wurde. Man glaubt, daß der Dampfer „Brentwood“ versenkt wurde. Auch der griechische Dampfer „Evangelos“ und der englische Dampfer „Deafori“ wurden versenkt.

Kleine Kriegsnachrichten.

Schuhzählung in Schweden.

Aus Stockholm wird gemeldet, daß die Regierung für den 13. Januar eine Zählung des gesamten vorrätigen Schuhzeugs einschließlich des noch in Arbeit befindlichen anordnet hat.

Ein amerikanisches Japelinluftschiff. Aus Washington meldet die „N.Y. Zeitung“: Die Regierung wird sofort mit dem Bau eines Japelinluftschiffes beginnen in Erkenntnis der Wichtigkeit eines Luftschiffes des hohen Systems für die Zwecke des Meeres und der Flotte.

Ein Gesch gegen Defektionen. Der französische Senat hat einen Gesetzesantrag angenommen, in dem bestimmt wird, daß die Verurteilungen der Defektoren eingezogen werden. Der Gehalt eines Defektors soll das Recht zustehen, ihre Ansprüche als Gläubiger ihres Ehemanns geltend zu machen. Den Kindern soll das Pflichtteil zustehen.

Die täglichen Kriegsausgaben Russlands. Der russische Finanzminister Bark teilt laut „Frankf. Ztg.“ mit: Die täglichen Kriegsausgaben Russlands betragen 45 Millionen Rubel.

Der australische Premierminister Hughes wird die britische Reichskonferenz nicht besuchen. Reuters sagt, es sei sicher und liegt als Grund hinzu, voraussichtlich würden die Wahlen zum Bundesparlament im April stattfinden.

Politische Uebersicht.

Die nächsten Reichstagswahlen.

In unserem Leitartikel vom 12. Januar haben wir die Forderung nach einer Neueinteilung der Reichstagswahlkreise erhoben. Der „Deutschen Tageszeitung“ ist diese Forderung sehr unbedeuten; sie weiß sie aber nicht anders zu bekämpfen, als mit dem fadenheiniigen Argument, daß „ein Reich immer noch aus Land und Leuten besteht“. Die Leute ohne Land sollen also weniger Stimmrecht haben als die Leute mit Land, und doch verteidigen die Leute ohne Land in den Schützengraben draußen — das Land! Das agrarische Blatt fährt fort:

Gewerkschaftliches.

Keine Entlassung von Arbeiterinnen infolge des Hilfsdienstgesetzes.

Zu der Kriegsindustrie ist mit Schaffung des Hilfsdienstgesetzes vielfach die Entlassung weiblicher Arbeitskräfte beabsichtigt. Die Unternehmer hoffen, aus den Kreisen der Hilfsdienstpflichtigen kräftige, ausdauernde und anstellbare Hilfen zu erhalten.

Demgegenüber erklärt das Kriegsamt, daß ein solches Vorgehen dem Hauptzweck des Gesetzes, eine ausgiebige Vermehrung der Arbeitskräfte zu erzielen, zuwiderlaufen würde und es müsse dies verhindert werden. Das Amt ersucht, durch Sachverständige, durch mündliche und schriftliche Belehrung in diesem Sinne zu wirken und überhaupt zu verhindern, daß irgendwelche Arbeitskräfte von ihrer Arbeitsstelle verdrängt werden.

Deutsches Reich.

Tarifkündigung im rheinisch-westfälischen Holzgewerbe.

Nach dem Ergebnis der vor dem Reichsamt des Innern mit dem Unternehmerverband abgeschlossenen Vereinbarung, wonach den Holzarbeitern in den meisten Großstädten Lohnerhöhungen von 15 bis 20 Pf. für die Stunde zugesichert wurden, sind die Tarifverträge für diese Orte um ein weiteres Jahr verlängert worden. Die gleichen Forderungen sind außerdem auch an die übrigen Unternehmerorganisationen des Holzgewerbes gestellt worden, unter anderem auch an den rheinisch-westfälischen Tischler-Zimmerer-Verband und den westdeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, mit denen die Holzarbeiter in jenem Bezirk im Tarifverhältnis stehen.

Die daraufhin zwischen den Organisationen gepflogenen Verhandlungen haben indes zu einer Verständigung nicht geführt, weil die Unternehmer sich konsequent weigerten, auf gültlichem Wege die Berliner Vereinbarungen auch nur fangemäß anzuerkennen. Statt der in Berlin vereinbarten Erhöhung der Stundenlöhne hielten diese Unternehmer hartnäckig an der Forderung einer eventuellen Wochenzulage fest, mit der ausgesprochenen Begründung, dadurch diese Zulagen später wieder um so leichter aus der Welt schaffen zu können. Dieses Verlangen der Unternehmer hätte schließlich bei dem unablässigen Bemühen der Arbeitervertreter auf Erhaltung des Friedens überbrückt werden können, wenn über die Höhe der Zulagen selber eine Verständigung hätte herbeigeführt werden können. Trotz der in der mündlichen Verhandlung von den Unternehmervertretern in dieser Beziehung gemachten Zusagen lautete doch die endgültige schriftliche Antwort nicht befriedigend. Das gleiche ergab sich in bezug auf die Erhöhung der Vertragslöhne, sowie bei den Zulagen für die Jugendlichen unter 18 Jahren. Auch wollten die Unternehmer sich bezüglich der Entlohnung und Behandlung der Kriegsdienstverweigerer in jeder Hinsicht das einseitige Bestimmungsrecht sichern, wodurch auch über diesen Punkt die Einigung scheitern mußte.

Bei dieser Haltung der Unternehmer war leider eine friedliche Verständigung über die Verlängerung der Tarifverträge nicht möglich. Die Zentralverbände der Gewerkschaften haben deshalb auf Grund eines Beschlusses der in Frage kommenden örtlichen Zahlstellenvertreter rechtzeitig die Kündigung der bestehenden Tarifverträge bei den Sitzungen der Unternehmerverbände vollzogen.

Die Holzarbeiter in den beteiligten Betrieben sind natürlich keineswegs damit einverstanden, daß ihnen infolge dieses absehens-

den Verhaltens die ihren Kollegen im übrigen Reich schon seit Monaten gewährten Zulagen auch weiterhin vorzuenthalten werden sollen. Auch sie durchschauen die wahren Motive der Unternehmer, die schließlich auf nichts anderes berechnet sind als darauf, sich um diese Zulagen zu befreien. Die Verantwortung für die Folgen dieses Verhaltens müssen die Arbeiter und ihre Gewerkschaften weit von sich weisen.

Folgen des Krieges in der Holzindustrie.

Der Kriegsausbruch hatte für die deutsche Holzindustrie verheerende wirtschaftliche Folgen. Viele Branchen waren auf die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse angewiesen, deren Wert im Jahre 1913 die beachtenswerte Summe von 202 678 000 M. ausmachte. Diese Abschmäligerungen waren mit einem Schlage unerbunden, und es erscheint einleuchtend, daß ein derartiger Ausfall zahlreiche Betriebe dem Zusammenbruch nahebrachte.

Gleichzeitig erfuhr auch der Inlandmarkt eine gewaltige Einschränkung. Die Bautätigkeit wurde infolge der Zeitergebnisse vollständig eingestellt, und in den ersten Monaten des Krieges blieben selbst halb fertige Bauten unvollendet. Diese Ursachen bewirkten eine unheimliche Steigerung der Zahl der Arbeitslosen, so daß von den vorhandenen 102 463 Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes im ersten Kriegesmonat 82 445 Mitglieder arbeitslos gemeldet waren. Außerdem war eine große Anzahl der Mitglieder zum Heere eingezogen.

Ein verständiges Unternehmerurteil über Tarifverträge.

Wieslaß war gerade in Innungszeiträumen eine Konzession gegen Tarifverträge vorhanden. Um so erfreulicher ist es, wenn das Gegenteil festgestellt werden kann und ein Innungsmeister mit aller Entschiedenheit für die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen eintritt. Das geschieht in einem Aufsatz der „Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder“, dem Organ des Bundes Deutscher Buchbinder-Innungen vom 11. Januar 1917 unter anderem in folgender Weise:

„Wenn nun vielfach behauptet wird, der Umstand, daß unser Beruf so viel mit weiblichen Arbeitskräften zu tun hat, sei schuld, daß in unserem Beruf die Tariffrage so schwer zu regeln sei, so ist dies wohl kaum ernstlich zu glauben. Verweisen uns die Metropolen unseres Berufs, Berlin, Leipzig und Stuttgart, nicht gerade das Gegenteil? Offen muß es deshalb einmal hier ausgesprochen werden, daß die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb unseres Berufs zur zwingenden Notwendigkeit geworden ist, soll mit dem alten, jedes Emporzulassen hindernden Schlenker einmal gebrochen werden. Was nützen heute alle Preisstärke über fertige Arbeiten, solange die Hauptgrundlagen, die Lohnfrage, die Arbeitszeit, nicht eine bestimmte Regelung erfahren haben? Wenn es heute ehrlich darum zu tun ist, die Weiterentwicklung unseres Berufs noch möglich zu machen, der auch den rechtlichen Willen zeigen, Opfer im Interesse der Allgemeinheit zu bringen. Was wäre aus unserem deutschen Vaterlande mit seiner hochentwickelten Industrie geworden, wären nicht Tausende unserer Kollegen, wären nicht Tausende unserer braven Arbeiter bereit gewesen, unter größten Gefahren alles zu opfern? Höchstes Ziel ist es daher, daß auch unsere Innungen zu diesen angeführten Fragen Stellung nehmen, will man nicht, daß man zur gegebenen Zeit unvorbehalten dazuhilft. Wenn ich deshalb zum Schluß dieser Ausführungen die Mahnung erhebe: Kollegen, laßt euch dieser furchtbaren Zeit für die Zukunft bessere Ver-

hältnisse für unsern Beruf zu schaffen, so möchte ich zugleich auch die Anregung geben, daß alle diese Anregungen einer gründlichen Erörterung in der Fachpresse unterzogen werden.“

Ausland.

Vom spanischen Gewerkschaftsbund. Die gegenwärtige starke Auswanderung spanischer Arbeiter nach Frankreich veranlaßte den Sekretär des spanischen Gewerkschaftsbundes, nach Paris zu fahren, um sich hierüber mit dem französischen Gewerkschaftsbund zu verständigen. Bei dieser Gelegenheit wurde er von dem spanischen Mitarbeiter der „Humanité“ angefragt, nach dem Bericht dieses Blattes soll der Sekretär der spanischen Gewerkschaften gesagt haben, daß das spanische Proletariat mit den Verbündeten in sympathischer und durch Vermittlung Ludogreffs 10 000 Pefetas für den Hilfsfonds der belgischen Arbeiter gefandt habe. Spanien leide sehr unter dem Krieg; die Lernerung sei dort viel größer als in Frankreich. Was die Gewerkschaftsinternationale anbelangt, so würden die spanischen Gewerkschaftsvertreter den von Belgien einberufenen Gewerkschaftskongress in Bern besucht und für die Übertragung des Internationalen Sekretariats nach einem neutralen Lande gestimmt haben.

Aus der Partei.

Außerordentlicher Kongress der holländischen S. D. A. P.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei beschloß in seiner jüngsten Sitzung die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags auf den 11. Februar nach Zwolle. Es handelt sich um eine Vereinbarung mit den bürgerlichen Parteien, betreffend die Aufschiebung der in diesem Jahre fälligen Wahlen zur Zweiten Kammer. In diesem Zweck unterbreitet der Vorstand den Antrag: Der Kongress ermächtigt den Parteivorstand, namens der Partei folgendes Übereinkommen zu treffen:

„Bei den Wahlen zur Zweiten Kammer, die im Hinblick auf die beschlossene Verfassungsänderung 1917 stattfinden soll, soll durch alle Parteien versucht werden, zu erreichen, daß die Mandate den jetzigen Abgeordneten unbestritten überlassen werden. Dabei jedoch ausdrücklich vorausgesetzt wird, daß während der parlamentarischen Periode — die mit der hier in Rede stehenden Wahl beginnt und mit der Auflösung des Parlamentes endet (welche Auflösung bei Inkrafttreten des neuen Wahlrechts erfolgen muß), jeder Beschluß über irgendeinen Gegenstand unterbleibt, der zum politischen Prinzipienkampf führen würde.“

Das bedeutet also Bürgerfriedenwahlen. In dem offiziellen Bericht über die Vorstandssitzung wird noch bemerkt, daß dieser Antrag in der Versammlung der Vorsitzenden der verschiedenen Parteien formuliert worden ist. In dieser Versammlung sei beschlossen worden, falls die Parteivorstände sich mit dem Beschluß einverstanden erklären, ihn den Parteien zu unterbreiten.

Reben der S. D. P. (Tribunisten), die diesen Bürgerfrieden heftig bekämpfen, werden auch ablehnende Stimmen aus der äußersten bürgerlichen Rechten laut, doch scheint das Zustandekommen des Kompromisses ohne Zweifel zu sein.

Gomez de Fabian. Wie der „Populaire“ vom 17. Dezember 1916 berichtet, ist Gomez de Fabian, Redakteur der spanischen sozialistischen Wochenchrift „Justicia Social“, im Alter von 30 Jahren gestorben. Er war ein Gegner der Kriegspolitik des verbandsfreundlichen Sozialistenführers Pablo Iglesias und ein Anhänger der Friedensbestrebungen. Er hatte einige Zeit in Paris und London sozialpolitische Studien gemacht und stellte sie in den Dienst der Arbeiterklasse. Die „Justicia Social“ betrachtet den Krieg als das Ergebnis der gesamten imperialistischen Bestrebungen der Großmächte.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Leinhardt; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Realoffiz; für Anzeigen: Th. Glöckle, Berlin. Druck u. Verlag: Verlagsanstalt u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer & Co., Berlin SW.

Siehe 3. Beilage und Unterhaltungsblatt.

A. WERTHEIM

Seidenstoffe

- Germania-Seide schwarz .. Meter 2.20
- Perlseide schwarz .. Meter 2.25
- Gestreifte Seide für Blusen in dunklen Farben .. Meter 2.20
- Wachseide rosa, etwa 60 cm breit Mtr. 3.50
- Karierte Seide in schönen Farbenstellungen .. Meter 3.50
- Kettdruckseide neue Muster und Farben .. Meter 4.80
- Taffet in schillernden Farben für Blusen und Kleider, ca. 90 cm breit .. Meter 6.75
- Kaschmir-Seide alle Farben, etwa 100 cm breit .. Meter 9.50
- Voile Ninon in vielen Farben, etwa 100 cm breit .. Meter 4.90
- Voile Ninon bedruckt, neue Zeichnungen u. Farben, etwa 100 cm breit, Mtr. 9.50

Kleiderstoffe

- Schotten etwa 85 cm breit, für Kinderkleider .. Meter 2.60
- Schotten etwa 105 cm breit, reine Wolle in modernen Farbenstellungen Mtr. 8.50
- Schotten etwa 130 cm breit, reine Wolle für Röcke und Kostüme Meter 10.50
- Rockstoffe etwa 120 cm breit, grauschwarze Streifen .. Meter 7.75
- Kostüm-Stoffe etwa 130 cm breit in praktischen Farben .. Meter 14.50

Blusenstoffe

- Blusenstoffe schwarz-weiße Bandstreifen, in guter Qualität .. Meter 3.00
- Blusenstoffe hellgründig gestreift, reinwollenes Batist-Gewebe .. Meter 5.75
- Blusenstoffe dunkelgründig gestreift, in vielen Farbenstellungen .. Meter 2.65
- Blusenstoffe dunkelgründig, mit kunstseidenen Streifen .. Meter 3.25
- Blusenstoffe gestreift, mit farbigen Bandstreifen .. Meter 3.90

Blusen

- Bluse aus gemustertem Tulle in verschiedenen Mustern .. 5.90
- Bluse aus Wasch-Voile mit farbiger Garnitur .. 8.25
- Bluse aus Helvetia-Seide .. 10.50
- Bluse aus Perlseide, halsfreie Form .. 15.75
- Bluse aus Perl-Seide hochgeschlossene Form .. 18.00
- Bluse aus Wasch-Voile in verschiedenen Formen .. 5.75

Mäntel und Kostüme

- Damen-Mäntel aus Plauschstoffen, halblang offen und geschlossen zu tragen, lose Glocke .. 39.00
- Regenmantel aus Ripstoff, imprägniert hochgeschlossen mit Gürtel, Sattel mit Halbschleife gefüttert, blau, mode, grün .. 55.00

Kinderkleider

- Kinderkleider aus gemusterten Barchentstoffen, in verschiedenen Ausführungen, für das Alter von 2 bis 12 Jahren .. 3.75 bis 11.25
- Kinderkleider aus reinwollestem Musselin, halb gefüttert, Taille gezogen, mit weißem, bestickten Waschkragen, in gestreiften und gepunkteten Mustern, Länge 55 cm .. 10.75
- Jede weitere Größe 50 Pf. mehr
- Waschkittel mit bunter Borte besetzt, in den Größen 45, 50, 55 cm, durchschnittlich .. 1.85
- Waschkleider aus blauweiß gestreiften Stoffen, mit festem Gürtel, halsfrei, und blauweiß gepunktetem Besatz .. in den Längen 55-75 cm 4.50 80-100 cm 5.25

Kleiderrocke

- Rock aus blaugrün gestreiftem Stoff, mit Gürtel und Taschen .. 7.50
- Rock aus braun gestreiftem Stoff, mit aufgesetzten Taschen .. 12.50
- Rock aus grau meliertem oder blauem Melton-Cheviot mit Taschen u. Knöpfen .. 21.00
- Rock aus blaugrün kariertem Stoff, moderne Gürtelgarnitur .. 24.00
- Rock aus schwarzem Foulé, Sattel mit Stepperei .. 32.00

- Jackenkleid Glockenform aus gestreiftem Stoff, Rock mit Taschen, Gürtel und Kragen mit schwarzem Lack eingetaßt, Jacke mit Seide gefüttert .. 78.00
- Jackenkleid aus grauem Cheviot, reine Wolle, Jacke mit Halbschleife gefüttert .. 84.00
- Jackenkleid blauer Chev., reine Wolle m. Tresse garn., Jacke m. Halbschleife gefüt. .. 90.00

Damenwäsche

- Taghemden mit handgestickten Madeira-Passen .. 3.35
- Taghemden m. imitiert Handstickerei .. 3.25
- Beinkleider m. Stickerei-Volant .. 3.15 2.65
- Stickerei-Röcke reich gestickt in verschiedenen Ausführungen .. 17.75
- Garnituren mit Stickerei Ein- oder Ansätzen
- Taghemden .. 7.75 } 8.00 } 10.25
- Beinkleider .. 6.00 } 7.00 } 7.50
- Nachthemden .. 13.75 } 15.00 } 19.75

Schürzen

- Hausschürzen
- Gestreift Gingang mit Besatz .. 3.00
- Gestreift Gingang mit Paspil .. 4.25
- Blau-weiß gepunkt Cöper, extra weit .. 5.75

Blusenschürzen

- Gestreift Gingang, einfarbig garniert .. 3.90
- Blau-weiß Kreiton, farbig gepaspelt .. 4.25
- Kariert Gingang mit Besatz und Blende .. 4.75

Blusenschürzen, Wiener Form

- Blau-weiß Kreiton, bunt besetzt .. 5.25
- Schwarz-weiß kariert Krepp .. 5.75
- Gepunkt Satin, türkisch garniert .. 6.25

Weißer Tändelschürzen

- Glatt Batist mit Stickerei .. 1.75
- Glatt Batist, reich garniert .. 2.60

Weißer Teeschürzen

- Gestreift Batist mit Stickerei .. 2.75
- Glatt Batist mit Stickerei-Ein- und Ansatz .. 3.40

Ferner

Inventur-Ausverkauf

in den Abteilungen:

Glas, Porzellan, Wertschafts - Artikel, Leder- und Galanteriewaren, Bijouterie- und Schreibwaren, Korb- und Holzwaren usw.

Aus Groß-Berlin.

Up. 1027.

Die letzte Nummer auf dem Bogen da an der Wand, die letzte von 35 Gesichtern „Unbekannter Verstorbenen“, Opfern des Krieges. Um die Angehörigen zu ermitteln und den Namenlosen im Tode ihre „Identität“ wieder zu verschaffen, gibt das Kriegsministerium (Zentralnachweiskureau) diese Bogen heraus. Mein Auge bleibt an den Bildern mit einem anderen Interesse haften: — ich lese die Handschrift des Todes auf ihnen.

So lange mein Blick noch über den ganzen Bogen hin gleitet, sieht er nur gleichmäßig wirkende Kopfverbände und aus ihnen die Wirkung des gewaltigsten Gleichmachers hervortreten. Der große Herr über das Leben hat sie alle gezeichnet, als er mit dem schwarzen Fittich das Licht ihrer Augen verlöschte, das Spiel ihrer Nerven erstarren ließ.

Aber ich fange noch einmal an und sehe nun auf diesen starren Gesichtern einen Rest der Fülle des Lebens, seine Kontraste, den unendlichen Reichtum seiner Prägungen. Selbst der Tod muß sich beugen vor der Persönlichkeit. Sein Stempel, so gleichförmig er zu sein scheint, prägt sich anders auf jenes Gesicht, dessen Augen und Nerven noch das Entsetzen, das Grauen des Endes bewahren und aussprechen, als auf jenes Bild des Friedens, das fast zu lächeln scheint; anders auf jene spizen Jüde, die der hippokratische Zug zugleich entspannt und verschärft hat, als auf jene noch von Lebenskraft zeugenden; anders auf jene Urkunde von Dual und Schmerz, als auf dieses Dokument von zorniger, entschlossener Aufwallung, die sogar dem Tode zu weichen sich gewweigert hat; anders auf jenes Antlitz der Entbehrung, des Verließens, des Erblassens, als auf das jenes in der Fülle edler Lebenskraft schnell dahingerafften Jünglings!

Ich kenne den Tod wohl aus mancher Begegnung, ich sah ihn drohen, wenn er sich mit ernster Gefahr einstellte, im Grunde mit Orkan und Sturzes, — und sein Drohen erschütterte die Seemänner nicht; es war ihnen vertraut. Ich habe den „Strohrod“ gesehen, den „natürlichen“, bei Jungen und Alten; niemals habe ich einen Sterbenden verzagt gesehen, wohl aber manchen rüstig Lebenden.

Die Tafel des Todes an der Wand dort hat mir eine neue Kunde von der dunklen Majestät gebracht. Wenn ich ein großer Maler wäre (die anderen sollen ihre Hand davon lassen!), dann würde ich aus diesen kleinen Bildern die Höhen und Tiefen, die Schrecken und den Frieden des Gewaltigen ergründen und bilden, vor dem das Leben sich nur durch Saaten neuen Lebens rettet. Diese fünfundsüdreichig Köpfe sind ein Psalmest, eine Urkunde des Todes über die Letzteren des Lebens geschrieben.

H. L.

Die Verkehrsnot.

In den Stadt-, Ring- und Vorortstraßen wird jetzt, wie wir hören, noch eifriger als sonst auf Personen gefahndet, die mit Fahrscheinen der dritten Klasse in Wagen der zweiten Klasse fahren. Bei den Kämpfen um das Einkommen, die auf den Bahnhöfen sich vor den Wagen der dritten Klasse abspielen, entschließen sich viele Angehörigen dazu, unredlicherweise die zweite Klasse zu benutzen. Auf dem Bahnhof Niederichoneweide sind zwei Beamte im Dienst, um solche Übeltäter aus Wagen der zweiten Klasse herauszuholen und in Strafe zu nehmen. Natürlich können infolge der unangelegenen Überfüllung der Wagen nur verhältnismäßig wenige erwischt werden, aber die ihnen auferlegten Strafen bringen wahrscheinlich dem Eisenbahnbetrieb ein hübsches Stück Geld ein. Wir wiederholen unsere Forderung, die Klagenführung der Fahrgäste zu befristigen und die Wagen der zweiten Klasse für die Fahrgäste der dritten Klasse freizugeben. Bei den jetzigen Verkehrsbeschränkungen ist es eine starke Zumutung für die Arbeiter, daß sie wegen Überfüllung der dritten Klasse sich die Rückfahrt verjagen sollen, wenn Wagen der zweiten Klasse halb besetzt abfahren.

Zu den gestrigen von uns wiedergegebenen Vorschlägen von Änderungen der Zugfolge für den Verkehr von Niederichoneweide ist nachzutragen, daß für die bis Mitternacht in Ober- oder Niederichoneweide beschäftigten Arbeiter, die zur Deimnacht von dort den Zug 12.27 benutzen, zum Anschluß noch ein um 12.40 in Treptow durchfahrender Vollzug eingeleitet werden müßte. Die Notwendigkeit, auch am Sonnabend in den Mittag- und Nachmittagsstunden die Zugfolge für die südlichen Vororte zu verbessern, muß jedem einleuchten, der um diese Zeit auf den Bahnhöfen Niederichoneweide und Treptow den Verkehr beobachtet oder „am eigenen Leibe“ kennen lernt. Die Zugüberfüllung ist da ebenso arg, wie an den anderen Wochentagen in der Zeit zwischen 5 und 6 1/2 Uhr abends.

Vom morgigen Montag ab verkehrt die Linie 15 ab Bremer Straße 11.51 Uhr bis Hallesches Tor, zurück 12.30 Uhr bis Birken, Ede Stromstraße.

Wie die Ringbahn Licht spart.

Seit einiger Zeit, besonders gern am Sonntag, fährt der letzte (Paucher-)Wagen der abends nach dem Westen verkehrenden S-Bahnzüge unbesetzt. Diese Züge kommen zum Potsdamer Bahnhof vom Osten her — aber hier gilt nicht das Wort, daß aus dem Osten das Licht kommt. Vielmehr denkt man an der berufenen Stelle, daß die Beleuchtung durch die „Mündungsfeuer“ der Zigarren und Pfeifen genügt. Und schließlich — ist denn die Eisenbahn eine Leuchtsache? Man kann sich in dieser Dunkelheit zwar nicht an dem schönen roten „Vorwärts“-Blatt über dem einen Fenster freuen — braucht sich aber dafür auch nicht über die Schokoladen-Plakate und sonstigen Anfindigungen gegenüber zu ärgern, die einen an Genüsse verweidener Zeiten mahnen. Indessen, es kann nicht bestritten werden, daß es einen gewissen Erholungs-wert für abgelebte Nerven darstellen kann, wenn die Reisenden abends nicht auch noch die Nase im Zeitungsbüchlein fassen. Nur wäre dann zu fragen, warum man diese Wohlthat bloß auf den letzten Wagen beschränkt. Man sei doch konsequent und lasse die ganzen Züge ohne Licht fahren! Des heißen Dankes mindestens derjenigen, die die Einsumme für zwei Züge, mag eine hohe Eisenbahndirektion gewiß sein.

Kriegsteilnehmer und Angestelltenversicherung.

Die ständigen Reueüberlegungen lassen es wünschenswert erscheinen, von neuem darauf hinzuweisen, daß die versicherten Angestellten in der Lage sind, für sich bzw. ihre Hinterbliebenen (Frauen und Kinder unter 18 Jahren) Ansprüche aus der Angestelltenversicherung zu sichern, für den Fall, daß für den Kriegsdienst oder auch aus anderen Gründen vorzeitig Verunsfähigkeit oder Tod eintritt. Es ist dies zu erreichen durch Abklärung der Wartezeit, die sonst für die Hinterbliebenen 60 Monate, also mindestens 5 Jahre, und für das Ruhegeld (Zinsrentenrente) mindestens 120 Monate, also mindestens 10 Jahre, beträgt. Die Abklärung ist teils durch Versicherer beim Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, Schenkenstraße 108/106

zu beantragen; die Bewilligung hängt von dem günstigen Gesundheitszustand des Antragstellers ab. Es ist dabei gleichgültig, ob der Antragsteller Zivilperson oder Kriegsteilnehmer ist, ob er sich in der Heimat oder an der Front befindet. Wird die Abklärung gestattet, so ist eine Prämienreserve einzuzahlen, die dem versicherungstechnischen Wert der Beiträge für die abzuklingende Zahl von Jahren entspricht. Der Antrag ist schriftlich zu stellen und es sind ihm beizufügen: 1. die Versicherungsliste, 2. ein amtlicher Geburtsnachweis, dessen Ausstellung gebühren- und stempelfrei erfolgt (Geburtsurkunde, Militärpaß, Geburtsurkunde) 3. eine Bescheinigung über den Jahresarbeitsverdienst des Antragstellers, 4. das Gutachten eines Vertrauensorgans, der auf Anfrage von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bestimmt wird.

Nähere Auskunft über die Formalitäten sowie über die Höhe der Prämienreserve (die nach dem Alter des Antragstellers, der Zahl der abzuklingenden Jahre und der Beitragshöhe — sie darf die Höhe des 1. Beitrages nicht übersteigen — berechnet wird) erteilen die Ortsausschüsse der Vertrauensmänner. Die Geschäftsstelle des Berliner Ortsausschusses befindet sich Plottowstraße 4 I, Zimmer 5 — Sprechstunden: Dienstag, Donnerstag, Sonnabends 1—3 Uhr; für Schöneberg: Rollendorfsstr. 20/30 — Sprechstunden: Dienstag und Freitag von 12—1 Uhr.

Die Milchversorgung Groß-Berlins.

Zu den in der letzten Zeit aufgestellten Behauptungen von einer weiteren Abnahme der Milchlieferungen für Groß-Berlin verbreitet Wolffs Telegraphen-Bureau folgende Entgegnung:

In den letzten Tagen ist in der Berliner Tagespresse wiederholt ausgeführt worden, die Zufuhr von Vollmilch nach Groß-Berlin sei derartig zurückgegangen, daß zurzeit nicht mehr die für die Kinder, Mütter und Kranken erforderlichen Mengen zur Verfügung stünden. Diese Mitteilung ist unzutreffend. Die Zufuhr an Vollmilch nach Berlin beträgt zurzeit etwa 275 000 Liter, wozu noch die Erzeugung im eigenen Bezirk mit rund 50 000 Litern hinzuzurechnen ist, so daß die gesamte in Berlin zur Verfügung stehende Vollmilchmenge zurzeit etwa 325 000 Liter beträgt. Hierdurch ist der Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung nicht nur sichergestellt, sondern es ist noch ein, wenn auch geringer Ueberschuß vorhanden, von dem zur Zeit, nach Mitteilung von Sachverständigen, ein Teil zur Verbutterung gelangt. Ebenso unzutreffend sind die aufgestellten Behauptungen, daß der Rückgang der Milch auf Maßnahmen der Reichsregierung für Speisefleisch oder der preussischen Landesregierung zurückzuführen sei, und daß diese Behörden keine ausreichende Organisation bis in die Lieferungsgebiete hinein besäßen. Gerade bei der Bewirtschaftung der Mutter ist die Organisation wie bei keiner der anderen Kriegsstellen bis hinein in die Provinzen, Regierungsbezirke und Kreise durchgeführt.

Wenn trotzdem der Milchrückgang ein so großer gewesen ist und wenn mit Recht das Fehlen von Magermilch schmerzlich empfunden wird, so ist die Ursache in erster Linie darin zu suchen, daß überhaupt die Milchproduktion infolge Mangels an Futtermitteln ganz erheblich zurückgegangen ist, und daß die Lieferungsverhältnisse auf dem Lande sich immer schwieriger gestalten. Auch viele andere Gründe spielen hierunter. Daß überhaupt zurzeit noch in Berlin die für die Mütter, Kinder und Kranken erforderliche Milch vorhanden ist, muß in erster Linie auf die Tätigkeit der Preussischen Landesregierung zurückgeführt werden, welche vom Monat August an bis in die neueste Zeit Milchlieferanten, welche infolge der Verkehrsbeschränkungen und aus anderen Gründen ihre Milchlieferungen nach Berlin eingestellt hatten oder einzustellen beabsichtigten, durch Verfügung angehalten hat, die Milch weiter zu liefern. Es steht zu hoffen, daß beim Fortschreiten der Abfallperiode, welche begonnen hat, und bei reichlicher Anwendung von Futtermitteln an Milchlieferer, soweit das möglich, sich allmählich eine Besserung in den Milchlieferungsverhältnissen bemerkbar machen wird.

In derselben Angelegenheit schreibt das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats:

Auf dem Gebiet der Milchversorgung hat man sich bisher im wesentlichen darauf beschränkt, den Kreis derjenigen Personen, die zum Bezug von Vollmilch berechtigt sind, stark zu beschränken, um die Milch, die den Verbrauchsgebieten ausreicht, mit dem Bedarf in Uebereinstimmung zu bringen. Von einer Organisation, die sich die schärfere Erfassung der Milch zum Ziele setzt, und wie sie auf anderen Lebensmittelsgebieten ausgebildet ist, glaubte man mit Rücksicht auf die Natur dieses Nahrungsmittels und die Art seiner Gewinnung Abstand nehmen zu können. Der starke Rückgang des Milchimports in die großen Konsumgebiete, insbesondere nach Groß-Berlin, zwingt aber dazu, die Frage aufzuwerfen, ob sich diese Zurückhaltung auf die Dauer nicht aufrechterhalten lassen. Sogar tritt die Frage, wie eine zweckmäßige Behandlung der Milch gewährleistet werden kann, da die in laueren oder angeäuertem Zustande in das Konsumgebiet hineingelassene Milch ihren Zweck, Kindern und Kranken als Trinkmilch zu dienen, nicht mehr zu erfüllen vermag. Schließlich werden auch verschiedene Mängel der gegenwärtigen Preispolitik, welche die Versorgung ebenfalls beeinträchtigen, der Abstellung bedürftig. Die Reichsregierung hat daher in einer zusammenfassenden Darlegung ihre bisherigen Erfahrungen zusammengefaßt und in Antzupfung an die von ihr erkannten Mängel Vorschläge zu deren Beseitigung hingewiesen. Die Vorschläge bestehen darin, daß zunächst durch eine schärfere Kontrolle auf dem Lande die Produktion besser als bisher erfolgt und von den Zentralstellen eine bessere Verteilung auf die Konsumgebiete durchgeführt werden soll. Weiter wird verlangt, daß die zunächstgelegenen Ueberführungsbezirke nur Feinmilch, dagegen die weiter entfernten Distrikte zu liefern haben; auch die Selbstverbraucher sollen in Zukunft der Beschneidung im Milchverbrauch unterstellt werden. Ferner soll in Zukunft die Verantwortung für die Qualität der Milch bis zur Verlassensstelle den Produzenten überlegt und dann sollen die Futtermittel so verteilt werden, daß auf ein bestimmtes Produktionsquontum eine bestimmte Futtermenge entfällt.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Die Gemeinden der Groß-Berliner Kartoffelgemeinschaft haben beschlossen, für die nächste Woche die Wochenmenge an Kartoffeln auf 4 Pfund zu beschränken und daneben eine Kopfmenge von 4 Pfund Kohlräben auszugeben. Damit wird zugleich der sechsen veröffentlichten ministeriellen Anordnung entgegengekommen, soweit es die Lage der gegenwärtigen Verhältnisse gestattet. Dem Bestreben, die Kartoffeln in noch etwas höherem Grade durch die doppelte Kohlräbenmenge zu ersetzen, steht schon der Mangel entgegen, daß die Groß-Berliner Gemeinden zurzeit nicht in den Besitz einer so großen Menge Kohlräben gelangt sind. Die Groß-Berliner Kartoffelgemeinschaft hat bei dieser Gelegenheit erneut der dringenden Bitte an die Staatsregierung Ausdruck gegeben, dafür zu sorgen, daß durch die am 10. Februar in Kraft tretende Preisobergrenze die Kartoffelzufuhr in den vorhergehenden Wochen nicht zurückgehalten werde.

Die neuen Kartoffelbesitzstände für die Inhaber von Schaul- und Speisewirtschaften, Hotels, Pensionate, Mittagstische und andere Bewirtungsbetriebe können von Montag, den 16. Januar, ab bei dem Obmann jeder Sachverwalterkommission in Empfang genommen werden.

Mißstände in der Fleischversorgung.

Der Berliner Magistrat hat sich letzten mit den Mißständen in der Fleischversorgung befaßt. Die darin bestehen, daß die Zufuhr an Fleisch nach Berlin so gering ist, daß die jetzige Wochenmenge kaum ausreicht erhalten werden kann, andererseits aber manche Gastwirte unheimlichmäßig viel Fleisch abgeben können und auch sonst unter der Hand größere Mengen Fleisch verkauft werden. Die Schlächter

sollen fortan schärfer als bisher kontrolliert werden. Jeder Fall, in dem sie ihren Kunden weniger Fleisch verkaufen, als den Verbrauchern auf Grund ihrer Karten zusteht, wird zur Anzeige gebracht werden. Auch soll den Lebensmittelhändlern das „Gutgewicht“ nicht mehr bewilligt werden. Die Gastwirtegruppe der Schlächtermeister ist verwahrt worden, weil sie entgegen der ergangenen Anweisung kürzlich noch einen Berliner Brunnenschweiger Wurstwurst hergestellt hat. Die städtische Wurstfabrikation soll derart geregelt werden, daß in Zukunft nur noch eine Art von Blut- und Leberwurst hergestellt wird, nämlich solche mit Semmelzugut. Keine Blut- und Leberwurst wird überhaupt nicht mehr verkauft werden; man will dadurch die Wurstpreise senken. Außerdem sollen Höchstpreise für Wurstwurst im Kleinverkauf festgesetzt werden.

Das Pfund Mehl drei Mark! Ein Bäckermeister in Treptow hatte sich mehrere Zentner ausländisches Mehl zum Preise von 120 M. für den Zentner zu beschaffen gewagt. Dieses Mehl verkaufte er an Hausfrauen zu dem Wucherpreise von 3 M. für das Pfund, verdiente also am Zentner 180 M. Andere Hausfrauen, die davon erfuhr, haben Anzeige erstattet.

Das Ende des Flaschenbiers. Die Nachricht, daß eine Bundesratsverordnung über die Höchstpreise für Bier unmittelbar bevorsteht, entspricht, wie das Kriegsernährungsamt mitteilt, nicht den Tatsachen. Zurzeit sind allerdings Unterhandlungen zwischen den Behörden und den Vertretern der Brauindustrie im Gange, die aber noch kein Resultat ergeben haben. Es ist ein Preis von 32 Mark für 100 Liter in Erwägung gezogen, der für das gesamte norddeutsche Brauereigebiet in Betracht käme und keine Verteuerung bedeuten würde. Wie dem „R.“ mitgeteilt wird, wird die Anpreisung an Bier sich weiter verschärfen, da ein großer Teil der Produktion an die Armee- und Marineverwaltung, ferner die Flaschenbiera an die Schwerarbeiter gehen. Für die Zivilbevölkerung dürfte Flaschenbier in absehbarer Zeit nicht mehr zu haben sein.

„Kranken- und Kindermilch“ mit 60 Proz. Wasser! Eine unerhörte Mißverfälschung heftigste geklert das Schöffengericht Berlin-Mitte, vor dem der Molkereibesitzer Fritz Kaiser aus Straußau und dessen erwachsene Tochter Ade als Angeklagte standen. Kaiser unterhielt nämlich 37 Milchläden und hat die von ihm gewonnene Milch, die er ausdrücklich als „Kranken- und Kindermilch“ bezeichnete, lange Zeit mit 55 bis 60 Proz. Wasser verlegt. Das Gericht verurteilte ihn in Anbetracht der schändlichen Handlungsweise, die in dieser mißbräuchlichen Zeit um so mehr zu verurteilen sei, zu drei Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, die Tochter zu 300 Mark Geldstrafe evtl. 300 Tagen Gefängnis.

Die Fahrgelegenheiten zu dem Bezirkskommando an der Papestraße (Schöneberg). Es wird uns geschrieben: Von den Stellungs-pflichtigen werden zur Fahrt nach dem Bezirkskommando in der General-Pape-Straße fast ausschließlich die Linien III und 41 benutzt, weil diese unmittelbar nach dem Bezirkskommando führen. Die Wagen sind deshalb stets überfüllt. Es sei darauf hingewiesen, daß eine ganze Anzahl weniger in Anspruch genommener Linien in unmittelbarer Nähe der Bezirkskommandos führt: Linie 23 und 72 (bis Kolonnen-, Ede Sedanstraße), 88 und 87 (Neuzoostraße), 44 (Tempelhofer Feld), 70, 78, 96, 99 (Tempelhofer Chauffee), 2, 43, 1 und V (durch Ronumenten- bzw. Kolonnenstraße). Die Einberufenen tun gut, auch diese Linien zu benutzen.

Gold und Juwelen dem Vaterlande! Es wird uns geschrieben: In dem Anzeigenteil der heutigen Ausgabe veröffentlicht der Generalstab die Goldankaufstellen an den Groß-Berliner Stadtgemeinden und erneuert einen Aufruf, der auffordert, allen einbehaltenen Gold- und Juwelenschatz an die Goldankaufstellen zu veräußern und so den Goldschatz zu mehren; denn diese Verwertung bedeutet bekanntlich eine Verbesserung unserer Valuta auf dem Weltmarkt und erhöht die Kaufkraft des deutschen Geldes im neutralen Ausland. Die Juwelen werden an das neutrale Ausland gegen Goldzahlung abgegeben. Von der Ankaufstelle wird der volle Gold- und Juwelenschatz vergütet. Es sind an Gold und Juwelen noch erhebliche Mengen vorhanden, die teils aus Unkenntnis, manchmal auch aus Gleichgültigkeit oder Ungherzigkeit noch nicht dem Vaterlande dargebracht wurden.

In den Groß-Berliner Stadtgemeinden bestehen folgende Goldankaufstellen: Berlin: O. Königsstr. 15/18 (Rathaus), W. Leipziger Str. 3 (Abgeordnetenhaus), W. Aurfürstenstraße 115/116 (Väldervereinshaus), SW. Zeltower Str. 1/4 (Handwerkskammer), O. Andreasstr. 1/2 (2. Handwerkerkammer), N. Invalidenstr. 42 (Rundwirtschaftliche Hochschule), W. Französischer Str. 58/54 (Mitteldeutsche Boden-Kreditbank), Charlottenburg: Berliner Straße 72/78 (Rathaus), Schöneberg: Rudol-Wilde-Platz (Neues Rathaus), Neukölln: Berliner Str. 63 (Altes Rathaus), Wilmersdorf: Gasteiner Straße, Ede Umlandstraße (Viktoria-Park-Schule), Lichtenberg: Rollendorfsstr. 6 (Rathaus). — Sie sind werktäglich (außer Sonnabends) von 10 bis 2 Uhr für das Publikum geöffnet.

Eine gefährliche Beute machte ein Dieb vorgefunden am Grünen Weg. Er stahl dort vor dem Hause Nr. 96 ein Fahrrad, an dem sich eine graue Leinwandtasche mit zwei Pfund Mehl befand. Enttäuscht wird er geweisen sein, als er auf dem Mehlbeutel die Aufschrift: „Vorwärts! Gist!“ fand. Das Fahrrad gehörte nämlich einem Kammerjäger, der das vergiftete Mehl zur Ausführung seines Berufes gebrauchte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Dieb sich dieser Beute kurzerhand entledigt hat, indem er es irgendwo wegwarf. Etwaigen Findern ist daher Vorsicht zu empfehlen.

Ein Fuhrwerk mit 20 Tonnen Bier gestohlen. Am Sonnabend ist in der Tilsiter Straße ein besonders dreister Diebstahl verübt worden. Vor dem Hause Nr. 63 hielt ein mit zwei Pferden bespannter Wagen des böhmischen Brauhauses, dessen Fuhrer sich in das Haus begeben hatte, um dort einen Kunden zu bedienen. Diese Gelegenheit benutzten Diebe, um sich auf dem Fuhrer zu schwingen und mit dem Fuhrwerk, das mit 20 Tonnen Bier beladen war, davonzufahren. Der Bierwagen trägt die Nummer 83. Die Pferde sind ein sechsjähriges hellfarbiges Fuchs und ein neunjähriger dunkler Fuchswallach, die an den Vorderfüßen Leberläse tragen. Auf die Wiederbeschaffung des Fuhrwerks, das einen Gesamtwert von etwa 10 000 M. hat, sind 500 M. als Belohnung ausgesetzt.

Im Zoologischen Garten findet am heutigen Sonntag von 4 bis 10 Uhr nachmittags Konzert statt. Eintritt 30 Pf., Kinder unter zehn Jahren die Hälfte; ebenso für das Aquarium, das von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends (in der Woche bis 7 Uhr) geöffnet ist.

Aus den Gemeinden.

Kartoffelversorgung in Charlottenburg.

Zu der Kartoffelversorgung sind zurzeit Bedingungen eingetreten, die es dem Charlottenburger Magistrat unmöglich machen, die nach eingetroffenen Kartoffeln regelmäßig den Kartoffelhändlern zuzuführen. Der Magistrat Charlottenburg verzichtet daher nur noch die 33 städtischen Verkaufsstellen und die Märkte regelmäßig mit Kartoffeln. Da die Kundenliste in Charlottenburg noch nicht in Kraft getreten ist und jeder auf seine Kartoffelkarte in jeder städtischen Verkaufsstelle Kartoffeln kaufen kann, auch wo er nicht eingetragen ist, haben die Charlottenburger Haushaltungen die Möglichkeit, ihre Kartoffeln zu erhalten, wenn sie sich an diese 33 Verkaufsstellen und die Kartoffelhändler auf den Wochenmärkten wenden.

Beteiligung an der Lichtenberger Massenpeisung. Nur die Teilnahme an der städtischen Massenpeisung in der Volks- und Kriegsküche auch denjenigen Lichtenberger Einwohnern zu ermöglichen, welche infolge der Verlegung mit Winterkartoffeln nicht mehr im Besitze einer Kartoffelkarte sind, hat der Nahrungs- und Mittelausschuss beschlossen, diesen Personen auf Antrag Kartoffelkarten auszuhandigen, welche die erforderlichen 6 Wochenabschnitte enthalten. Zum Ausweise werden diesen Personen die Kartoffelkarten dementsprechend gefügt. Der Antrag auf Gewährung von Kartoffelkarten zur Teilnahme an der Massenpeisung ist an den Magistrat Lichtenberg, Zimmer 13, zu richten.

Mitgliederversammlung des Ortsvereins Tempelhof. In einer von 33 Mitgliedern besuchten Versammlung gab der Gemeindevorsteher Martin Müller einen eingehenden Bericht über die Lebensmittelversorgung Tempelhofs. Seine Ausführungen, die beifällige Aufnahme fanden, wurden wickham ergänzt durch die Gemeindevorsteher Gwald, Bürgermeister und Franz. Sie erläuterten außerdem das Wirken unserer Vertreter auf dem Gebiete der Kriegsmittelbeschaffung, Steuerfragen, Verkehrsweisen u. a. — Den Gemeindevorsteher wurde für ihr Wirken Anerkennung ausgesprochen. Weiter wurde Stellung genommen zu der demnächst stattfindenden Kreisgeneralversammlung. Nach Wahl der Delegierten wurden noch einige Ersparnisse für den Vorstand vorgenommen.

Städtischer Kesselfabrikverkauf in Köpenick. Der Magistrat verkauft nach am Montag, den 15., und Dienstag, den 16., von 8—1 und 3—5 Uhr auf dem Hofe des Grundstücks Schloßstraße 22 Kessel zum Preise von 10 Pf. pro Pfund. Es werden bis zu 5 Pfund gegen Vorzeigung der Lebensmittelkarte abgegeben.

Stadterwerberversammlung in Köpenick. In der letzten Sitzung wurde u. a. auch der Einrichtung einer städtischen Knochenentzerrungsanlage auf dem Schloßhofe einstimmig zugestimmt. Die Stadt verfügt darüber, die zur Verteilung gelangende Fettmenge zu erhöhen, täglich mehrere Berliner Speisefett herzustellen, das für 2,30 M. pro Pfund verkauft wird. Die Knochenentzerrung aus ausgewiesenen Bezirken ist gesetzl. Die Anlage kostet 15 000 M. und gilt für sehr rentabel.

Aus aller Welt.

„Buffalo Bill“ ist gestorben. Der legendäre Vorkämpfer, der Büffel vom galoppierenden Pferde aus schoß und angeblich die blutigsten Kämpfe mit den Apachen und Siouxindianern ausfochten hat, hieß im bürgerlichen Leben William Cody und war amerikanischer Oberst. In der Spitze seiner Cowboy-Truppe bereiste er einst Europa, trat als Kunstschütze im Zirkus auf und wirkte besternd auf die Phantasie aller männlichen Kreaturen im Suberitätsalter.

Sierzehn Personen ertranken Sonnabend früh bei einem Fährungunglück, das sich auf dem Rhein in der Nähe von Qanan ereignet hat.

Parteiveranstaltungen.

Charlottenburg. Versammlung der „Vorwärts“-Leier Montag, den 15. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, im „Vollhaus“, Rosinenstr. 3 (Sozialgebäude). Referent: Genosse Hugo Böckler. Alle „Vorwärts“-Leier, die an der Verteilung des „Vorwärts“ tatkräftig mitarbeiten wollen, sind zu dieser Versammlung eingeladen. A. L.: Joh. Schneider.

Adlerhof. Mitgliederversammlung Dienstag, den 16. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, bei Heisterlein, Bismarckstr. 22. Referent: Genosse Max Groge r. „Vorwärts“-Leier, die an der Verteilung des „Vorwärts“ mitwirken wollen, sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Oberbürgermeister. „Vorwärts“-Leier und Diätarier, Montag, den 15. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, Kaufmannstr. 5: Diskussionabend. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Rosenthal. Mittwoch, abends 8^{1/2} Uhr, im Lokal von Max Singer, Reichenstr. 31: Kaiserordenliche Mitgliederversammlung, Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Die Internationale im Weltkrieg. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Zenzl. 3. Stellungnahme zu dem am 21. Januar stattfindenden Kreisgeneralversammlung und Wahl von Delegierten. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. Infolge der um 10 Uhr eintretenden Vollgelände wird die Versammlung um 11^{1/2} Uhr eröffnet. Der Vorstand.

Frauenveranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, 15. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97: Vortrag des Genossen Sassenbach: „Zwangs-Fürsorgeerziehung“.

Allgemeine Familienherbelle. Sonntag, 14. Januar: Zahl- und Lohnfrage von 3—4 Uhr im Restaurant Gerichte, 12/13 und am Sonnabend, den 20. Januar in Wilbau, Wilbauer Hof, von 4 bis 5^{1/2} Uhr.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 14. Januar, vormittags 9 Uhr, Pappelallee 15/17. Neufeldlin, Idealhaus, Reichelstraße 8. Oberlöhnerstraße, Alarstr. 2. Freireligiöse Parteiung. — Vormittags 10^{1/2} Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. S. Bilde: „Alle Welt ist in biblischer Verkündigung.“

Mittwoch, 17. Januar, abends 8^{1/2} Uhr: Mitgliederversammlung bei Frau Wille, Gedackstr. 33. Mitgliederliste ist vorzulegen.

Briefkasten der Redaktion.

Es juristische Sachverhalte findet für Abonnenten Standes. S. IV. 201 cedit, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Aufsatz und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsauskunft beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen möge man in der Sachstunde des. Beiträge, Gedächtnisse und dergleichen bringt man in die Sachstunde mit.

U. W. 17. Sie müssen das gesamte Einkommen zur Steueranmeldung anmelden, können aber in Rücksicht auf den doppelten Gehalt um Herabsetzung um einige Stufen ersuchen. — **U. Z. 1. Nr. — U. W. 100.** Gehalt steht Ihnen die Unterstützung für Ihren Sohn nicht zu, Sie können aber in Rücksicht darauf, daß er noch in der Lehre ist, Forderung der Unterstützung bei der Steuerfahse beantragen. — **U. Z. 66.** Denken Sie sich an das Zentralkomitee des Roten Kreuzes, Berlin, Leipziger Platz. — **U. Z. 84.** 1. Nr. 2. Nr. Sie können ohne Kriegsdienst Ihre Stellung überhaupt nicht wechseln. Eventuell können Sie sich wegen Erlangung des Kriegsdienstes an den Kriegsausschuss der Reichsdruckerei Berlin, Lindenstr. 63/65, wenden. — **U. Z. Nr. — U. Z. 1000.** 1. General von Krümmel und Götter. 2. Der Antrag auf Abreise ist unter Vorlegung der Aufrechnungsbescheinigungen, der letzten Cautionkarte und der Geburtsurkunde an das zuständige Versorgungsamt einzureichen. Es müssen 1200 Mark nachgewiesen werden. 3. Da der Schuldchein von beiden Eheleuten unterschrieben ist und der Ehemann sich in Gefangenschaft befindet, können Sie jetzt nichts unternehmen, da ein Gerichtsverfahren gegen ihn aufgesetzt werden muß. — **U. Z. 6. M.** Der Betreffende ist zur Zahlung des Krankengeldes verpflichtet. Der Arbeitgeber kann nur nach vorausgegangener Wohnplandung der Krankenkasse den Betrag überweisen. — **U. Z. 11.** 1. Für die Zeit, in der Sie zum Militär eingezogen waren, sind Sie von der Staatseinkommensteuer befreit. Hatten Sie aber ein steuerpflichtiges Einkommen, so müssen Sie Gemeindefiskalabgaben zahlen. Stellen Sie einen Antrag auf Wiederherstellung oder Ermäßigung. Auch räumliche Zahlung kann Ihnen gewährt werden. 2. Da ein voller Jahresarbeitsverdienst für das Kalenderjahr 1916 für Sie nicht vorliegt, müssen Sie Ihre Einkünfte nach Ihrem jetzigen Verdienst vornehmen. — **U. Z. 100.** Nr. — **U. W. 15.** Wir verstehen Ihre Frage so, daß Sie eine Kriegeswaise heiraten wollen. Dessen Wägenrennen erlischt mit dem Monat, in dem sie sich wieder verheiratet. — **U. Z. 009.** Ihre geringen Strafen sind durch den Amnestievertrag vom vorigen Jahre gelöst. — **C. 26. 15.** Wenden Sie sich mit einer Anfrage an das Reichsministerium. — **U. Z. 5.** 1. Der Rentenanspruch ist beim Bezirksbehörden zu stellen. 2. Die in

Nörem Voh eingetragene Erwerbsbeschränkung gilt für die Berechnung der Rente. 3. Nr. 4. Nr. — **U. Z. 2.** Die Unterstützung ist jetzt nicht mehr nachzufordern. — **U. 46.** Auch die Kriegszugabe gebührt zum steuerpflichtigen Einkommen. — **U. 2. 1885.** Nr. — **U. 3. 10.** Sie können rechtlich dagegen nichts unternehmen, wenn der Witw. Ihren Wunsch nicht nachkommt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Richtig kalt, zeitweise heiter, jedoch vorherrschend weilig und im allgemeinen geringe, und östlich der Ober etwas stärkere Niederschläge.

Verein f. Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, den 15. Januar, abends 8 Uhr, in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97: Vortrag des Stadtrats Johannes Sassenbach über: **Zwangs-Fürsorgeerziehung.** Der Vorstand.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“

Ortsgruppe Berlin. Heute Sonntag, den 14. Januar 1917, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Volkslieder - Abend

unter Mitwirkung des Vokalquartetts: Fräulein Elise Knüttel (Sopran); Fräulein Charlotte Abrens (Meezo-Sopran); Fräulein Elisabeth Böhm (Alt).

Eintritt einschließlich Garderobe 50 Pf. Saalöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Teilnehmerkarten im Gewerkschaftshaus bei Horsch, Engelauer 15, Fritz Kruse, Mariannenstraße 11, und in den Zahlstellen.

Reuters Werke Münzen

3 Bände 5 Mark. Buchhandlung Vorwärts. kauft Ball, Münzenhülz, Berlin, Wilhelmstr. 46/47.

reich und sicher wirkend bei: **Jogal** Gicht, Hexenschuß, Rheuma, Nerven- und Ischias, Kopfschmerzen. Kerall glänzend begünstigt. — Hunderte von Anerkennungen. Ein Versuch überzeugt. Jogal-Tabletten sind in allen Apotheken erhältlich. Preis 30 Pf. 1.40 u. 2.50.

HERMANN

LEIPZIGER STRASSE ALEXANDERPLATZ FRANKFURTER ALLEE

Blusen aus Tüll in schönen Mustern und vielen Nacharten	5 ⁹⁰	9 ⁷⁵	12 ⁷⁵
Blusen aus Seide in guter Ausführung	9 ⁷⁵	12 ⁷⁵	15 ⁷⁵
Blusen aus eleganten Stidereifstoffen	7 ⁵⁰	9 ⁷⁵	
Blusen aus Velvet, vornehme Verarbeitung mit Seidentragen	9 ⁷⁵	15 ⁷⁵	
Blusen aus guter Paillette-Seide in eleganten Schottenmustern	16 ⁵⁰		

Damenbekleidung

Jacken-Kleider	49 ⁰⁰	59 ⁰⁰	69 ⁰⁰	78 ⁰⁰	Pelz-Kragen in versch. Pelzarten	7 ⁹⁰	13 ⁷⁵	19 ⁷⁵	25 ⁵⁰
Paletots in verschiedenen Stoffen	15 ⁷⁵	19 ⁷⁵	29 ⁵⁰	35 ⁵⁰	Pelz-Muffen in versch. Pelzarten	7 ⁹⁰	13 ⁷⁵	19 ⁷⁵	25 ⁵⁰
Kleider aus leichten Stoffen	9 ⁷⁵	13 ⁷⁵	19 ⁷⁵	29 ⁵⁰	Damen-Pelz-Paletots	250 ⁰⁰	450 ⁰⁰	490 ⁰⁰	590 ⁰⁰
Seiden-Kleider	39 ⁵⁰	49 ⁰⁰	59 ⁰⁰	69 ⁰⁰	Herrn-Gehpelze	75 ⁰⁰		150 ⁰⁰	250 ⁰⁰
Kleider, Röcke	7 ⁹⁰	11 ⁷⁵	15 ⁷⁵	19 ⁷⁵	Edle Pelz-Garnituren wie Schunks, Steinmarder, Zobel, Ketz usw. preiswert.				

Seidenstoffe

Glatte Seide in verschiedenen Farben	2 ⁶⁵
Schottische Seide in modernen Stellungen	3 ⁹⁰
Doppelbreite Kleiderseide schwarz und farbig	5 ⁹⁰
Doppelbreite Nipsseide in verschiedenen Farben	7 ⁵⁰
Kaschmir-Seide doppelbreit, schwarz und farbig	8 ⁵⁰
Kleider-Taffet doppelbreit, schwarz und farbig	10 ⁹⁰

Waschstoffe

Waschmullin in vielen Mustern	1 ⁶⁵	1 ⁹⁵	3 ⁵⁰
Schleierstoff, bedruckt in großer Musterauswahl	2 ¹⁰	2 ⁷⁵	5 ²⁵
Schleierstoff, bedruckt Blumen- und Streifenmuster	4 ⁹⁰	5 ⁵⁰	8 ⁵⁰
Tüll, bedruckt moderne Muster	5 ⁹⁰		
Schweizer Punkt-Mull in verschiedenen Stellungen	1 ¹⁰	1 ²⁵	2 ⁷⁵
Schleierstoff mit gefärbten Punkten	4 ⁸⁰	4 ⁷⁵	4 ⁹⁰

Kleiderstoffe

Moderne Blusenstoffe gestreift	2 ⁹⁰	4 ⁵⁰
Kunstseidene Stoffe etwa 110 cm breit	5 ⁹⁰	6 ⁵⁰
Halbseidene Stoffe etwa 105 cm breit, in solid. Farben	4 ⁹⁰	6 ⁹⁰
Gestreifte Schleierstoffe etwa 110 cm breit	5 ⁹⁰	6 ⁵⁰
Moderne Rockstoffe etwa 130 cm breit	6 ⁹⁰	10 ⁵⁰
Jackenkleiderstoffe etwa 130 cm breit	11 ⁹⁰	14 ⁹⁰

Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs

haben wir in unserem Hause Leipziger Straße eine **Gutschriften-Abteilung**

eröffnet. Angenommen werden Einlagen von 25 bis 3000 Mark und mit 4% p. a. verzinst. — Der Konto-Inhaber kann mittels Entnahmescheines beim Einkauf in allen Abteilungen und an sämtlichen Kassen zahlen. — Barabhebungen können von dem Konto-Inhaber täglich an der Gutschriften-Kasse vorgenommen werden.

Die Bedingungen der Gutschriften-Abteilung sind an den Kassen zu haben und werden auf Wunsch durch die Post eingesandt. Nähere Auskünfte an der Gutschriften-Abteilung.

Die Kartoffeltragödie.

Von Otto Braun.

Wenn bei einem Lebensmittel die Verfehltheit und Halbsheit unserer kriegswirtschaftlichen Maßnahmen trotz in die Erscheinung getreten ist, so bei der Kartoffel. Das wirkt auf unsere Volksernährung um so schädlicher ein, als diese Knollenfrucht eines der wichtigsten Lebensmittel darstellt, deren Wichtigkeit in der Kriegszeit noch ganz erheblich gesteigert ist.

Über 13 Proz. unseres Ackerbodens bebauen wir mit Kartoffeln und ernten normal etwa 45 bis 50 Millionen Tonnen pro Jahr, wovon gegen ein Drittel der menschlichen Ernährung dient und der Rest nach Zurückstellung der Ausfuhr zu gewerblichen Zwecken und vor allem zur Verfütterung verwandt wird.

Obgleich wir von allen Kulturländern die größte Kartoffelproduktion haben und obgleich diese Frucht unseres Acker für unsere Volksernährung eine so große Bedeutung hat, ist es doch in 29 Kriegsmoenten nicht gelungen, eine geregelte ausreichende Versorgung des Volkes mit Kartoffeln sicherzustellen. Wir leiden in diesem Winter größere Kartoffelnot denn je, und die Situation verschlimmert sich jeden Tag.

Zweifellos hat die schlechte Ernte wesentlich dazu beigetragen, diesen unbefriedigenden Zustand zu schaffen; der Mangel durchgreifender öffentlicher Bewirtschaftung, den wir nun schon die ganze Kriegszeit hindurch zu beklagen haben, trägt aber auch ein gut Teil der Schuld daran.

Werfen wir doch einen kurzen Rückblick auf den Verlauf der ganzen Kriegskartoffeltragödie.

Nach Ausbruch des Krieges sah die Regierung, wie bei anderen Lebensmitteln, so auch bei der Kartoffel den Preistreiberei mäßig zu. Erst im November und Dezember 1914 griff sie mit einer halben Maßregel ein und setzte Höchstpreise fest. Das hatte Zurückhaltung der Kartoffeln durch Erzeuger und Händler zur Folge, die um so zäher betrieben wurde, als in den stetig gestiegenen Preisen ihr Erfolg in die Erscheinung trat. Eine Vorratserhebung am 15. März 1915 ergab infolge falscher Angaben der Kartoffelbesitzer einen so geringen Bestand, daß eine beschleunigte Abschichtung von Schweinen angeordnet werden mußte. So notwendig an sich diese Maßregel bis zu einem gewissen Grade war, so verfehlt gestaltete sie sich durch die überstürzte planlose Ausführung, so daß noch heute der damalige „Schweinemord“ ein beliebtes Schlagwort derer ist, denen bei den hohen Schweine- und Viehpreisen die größtmögliche Verfütterung unserer knappen pflanzlichen Nahrungsmittel hohe Gewinne einträgt. Auch eine Reichsstelle für Kartoffelversorgung wurde im April 1915 errichtet, die zu hohen Preisen Kartoffeln aufkaufte, um den Bedarf der Bevölkerung zu decken. Als so die Reichsstelle und die Verbraucher hinlänglich geschädigt waren, trat Mitte Mai auf einmal ein großer Ueberfluß an Kartoffeln auf, so daß mehrere Millionen Zentner der gemerblichen Verarbeitung zugeführt werden mußten, um sie vor dem Verderben zu retten.

Mit diesem Anallefekt schloß der erste Akt der Tragödie.

Das Jahr 1915 brachte eine sehr gute Kartoffelernte. Unter Ausnutzung der Erfahrungen des Vorjahres konnte eine zweckmäßige Bewirtschaftung nicht schwer fallen. Leider blieb es bei dem System der Halbheit. Es wurde ein ausreichender Höchstpreis festgesetzt, indes eine so geringe Menge — 10 Proz. der Ernte bei den Erzeugern mit mehr als 40 Morgen Kartoffelanbaufläche — beschlagnahmt, daß trotz der Reformerte das Volk bald unter Kartoffelknappheit litt. Jögern wurde später die Beschlagnahme erweitert. Da sie nicht umfassend genug und nicht durchgreifend war, mußte ihr der Erfolg verlagert bleiben. Die Erzeuger lieferten ihren geringen Pflichtteil in minderwertiger Qualität ab, den besseren Teil der Ernte mieteten sie ein, verkauften ihn frei oder liehen ihn in den Viehställen verschwinden, wo ihnen bei den inzwischen stark gestiegenen Vieh- und Schweinepreisen durch Verfütterung höherer Profit winkte. Die

schlechte Safer- und Verfeinernte zwang ohnehin mehr als sonst auf die Kartoffeln als Futtermittel zurückzugreifen. In den Verbraucherfreien wurde die Knappheit immer fühlbarer. Auch höhere Preise, die auf Kosten von Reich und Bundesstaaten den Erzeugern gewährt wurden, konnten im Frühjahr 1916 die Knappheit nicht mehr beheben, so daß es erhebliche Schwierigkeiten machte, die erforderliche Ausfuhr herbeizuschaffen. Die Verbraucher litten vor der Frühjahrsernte im Gegensatz zum Vorjahr unter der bittersten Kartoffelnot.

Damit schloß der zweite Akt der Tragödie. Nunmehr begann das Kriegsernährungsamt seine vielversprechende Tätigkeit und stellte für das Wirtschaftsjahr 1916/17 eine unbedingte Sicherstellung der für die menschliche Ernährung erforderlichen Kartoffelmengen in Aussicht.

Man war nach den bisherigen Erfahrungen etwas festlich geworden und glaubte nicht daran, daß die Tragödie schon ihr Ende erreicht haben sollte. Tatsächlich ließ denn auch das fast tragikomisch anmutende Zwischenpiel der Frühjahrskartoffelüberschwemmung einen weiteren Fortgang der Tragödie erwarten.

Der dritte Akt, der sich jetzt vor uns abspielt, stellt zweifellos eine starke Steigerung der Handlung dar. Ich gebe zu, daß das nicht allein, ja nicht einmal vorwiegend auf das dramaturgische Geschick oder richtiger auf das volkswirtschaftliche Geschick der Regisseure vom Kriegsernährungsamt zurückzuführen ist; dem nassen Spätkommer muß auch ein gerüttelt Maß Schuld zugeschrieben werden. Und dennoch kann ich nicht zugeben, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln so elend werden mußte, wie sie tatsächlich geworden ist und täglich mehr wird.

Die Ernte ist im allgemeinen schlecht gewesen, das kann nicht bestritten werden. Um so notwendiger war es, volle Klarheit über den tatsächlichen Ernteertrag zu schaffen. Das ist bis heute nicht geschehen und kann nun leider auch für diese Ernte nicht mehr geschehen. Ich bestreite jedenfalls entschieden die Richtigkeit der überaus niedrigen Zahlen über den Ernteertrag, die vom Kriegsernährungsamt bekanntgegeben worden sind.

Wenn Herr v. Datocki in einer seiner zahlreichen Kundgebungen zur geistigen Sättigung der Bevölkerung schreibt:

„Es ist unmöglich, daß das Getreide auf dem Heim oder die Kartoffeln auf dem Acker geschädigt werden können. Eine einigermaßen richtige Schätzung ist erst möglich, wenn das Getreide im Speicher und die Kartoffeln in der Miete sind.“

so kann ihm nur geraten werden, das Heft 2 der von der volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamts herausgegebenen und von ihm so warm zum eingehenden Studium empfohlenen „Beiträge zur Kriegswirtschaft“ einmal einer flüchtigen Durchsicht zu unterziehen. Dort kann er auf Seite 33 folgende ganz zutreffende Zeilen lesen:

„Ohne zu weit zu gehen, darf man heute behaupten, daß Kartoffelerhebungen, die nicht sorgfältig im Anschluß an die Kartoffelernte vorgenommen werden, immer falsch sind. Die in der Erde befindliche, dem sichtbaren Ueberfluß entzogene Frucht macht eine auch nur einigermaßen sichere Schätzung ebenso unmöglich wie die in den Wieten verborgene Ware.“

Das haben die sozialdemokratischen Abgeordneten seit Jahr und Tag erklärt und deshalb dringend Erntebestandsaufnahmen beantragt. Bei der Feststellung der geernteten Kartoffelmengen ist man am wenigsten auf Schätzung angewiesen. Jeder Landwirt weiß genau, wieviel Zentner Kartoffeln er vom Acker gebracht hat. Man auferlege ihm die Pflicht, eidestattlich zu versichern, wieviel er geerntet hat und man hat nach Beendigung der Ernte Klarheit über die Erntemenge und damit eine brauchbare Grundlage für die Verteilung.

Es ist mir bisher ganz unerfindlich geblieben, weshalb man auch bei der letzten Ernte von dieser einzig richtigen Art der Erntefeststellung wieder Abstand genommen hat, obwohl sie im Parlament so dringend verlangt wurde und auch

von der volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamtes als notwendig erachtet wird?

Fürchtet man, durch falsche Angaben irreführend zu werden? Nun, dann drohe man den Pflichtvergessenen, die ihre Erntemenge nicht richtig angeben, Beschlagnahme ihrer ganzen Ernte ohne Bezahlung und hohe Strafe an, prüfe die Ernteangebote durch zahlreiche Stichproben nach, bringe die Falscher schnellstens zur Bestrafung, dann dürfte es nicht schwer fallen, ein richtiges Ergebnis zu erzielen.

Jedenfalls behaupte ich, daß viel mehr Kartoffeln geerntet worden sind, als die ganz unzulänglichen Schätzungen ergeben haben. Es sind große Kartoffelmengen zurückgelassen und infolge des Anreizes der hohen Vieh- und Schweinepreise verfüttert worden. Jeder, der Einblick in die ländlichen Verhältnisse hat, weiß, daß die Millionen jetzt hausgeschlachteter Schweine nicht zum geringsten mit vermeintlichen Kartoffeln und selbst Brotgetreide fettgemacht worden sind.

Soll das Trauerspiel der Kartoffelversorgung nicht bis zum bitteren Ende durchgeführt werden, soll noch gerettet werden, was noch zu retten ist, dann tut schnelles und durchgreifendes Handeln not.

Es muß sofort eine Bestandaufnahme unter den oben dargelegten scharfen Kontrollen durchgeführt und die vorhandenen Bestände nach Sicherstellung der Ausfuhr den Verbrauchsbezirken zugeführt werden.

Durch die Streichung der für den 15. Februar in Aussicht gestellten Preiserhöhung muß die Neigung zum weiteren Zurückhalten zurückgedrängt werden.

Die Preise für Schweine und Rindvieh müssen so herabgesetzt werden, daß der Anreiz zum Verfüttern von Kartoffeln fortfällt. Das Verfütterungsverbot muß mit rücksichtsloser Strenge durchgeführt werden. Der Umstand, daß auf dem Lande auch heute noch Tausende unbeschnittener Kartoffeln verfüttert werden, zeugt täglich neuer Uebertretungen. Man belasse die zur Verfütterung bestimmten Rüben dem Vieh und hole für die menschliche Ernährung rücksichtslos die letzte noch verfügbare Kartoffel heraus, dann läßt sich eine Herabsetzung der Ration, die jetzt angekündigt wird, vermeiden.

In dieser bittersten Zeit, wo der noch offeneren gewordenen zügellose Eroberungswille der feindlichen Regierungen uns noch eine längere Kriegsdauer aufzwingt, haben wir allen Grund, in der Kartoffelfrage das Schlimmste zu verhüten. Möge der Präsident des Kriegsernährungsamtes endlich einsehen, daß mit schönen Worten dem Volke nicht geholfen ist!

Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung im Ruhrrevier.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben: Es läßt sich nicht verkennen, daß die Lebensmittelversorgung eines so dichtbesiedelten Gebiets, wie es das Ruhrrevier ist, in der gegenwärtigen Zeit besondere Schwierigkeiten macht. Nachdem wir aber bereits im dritten Kriegswinter leben, sollte anzunehmen sein, daß diese zum größten Teil überwunden sind.

Leider ist dem nicht so. Jetzt sind wieder Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung eingetreten. Die Kommunalverbände sind von den Lieferkreisen im Stich gelassen worden, und der angemeldete Bedarf ist auch nicht entfernt gedeckt. Die Bevölkerung, die hier mehr als in anderen Gegenden an die Kartoffel als Hauptnahrungsmittel gewöhnt ist, hat die bisherigen Einschränkungen des Kartoffelverbrauchs schon bitter empfunden. Zuletzt gab es (ohne die Sonderzulagen für Schwer- und Schwerverarbeiter) 5 Pfund pro Kopf und Woche, welche Menge allgemein als unterste Grenze des Erträglichsten galt. Infolge der neueren Schwierigkeiten erfolgt nun eine abermalige Herabsetzung; es soll nur noch drei Pfund pro Woche geben. Die meisten Kommunalverbände in den Re-

Der Fall Crompton.

Der „Vorwärts“ teilte in der Nummer vom 4. November die Erkenntnisse des deutschen Oberleutnants Crompton vom U 41 mit, der die englischen Methoden der Abwehr feindlicher U-Boote und der Achtung vor wehrlosen und gelangenen Gegnern kennen lernte. Es wurde damals von einem zweiten „Paraloug“-Fall gesprochen. Sechs Wochen nach jener Veröffentlichung bestritt die englische Admiralität die Richtigkeit der Angaben des ersten Berichtes, und ebendiesem schuldigte sie Crompton völkerrechtswidriger Vergehen an. Jener erste Bericht war auf Grund der Meldung eines deutschen Austauschgefangenen gegeben, der mit Crompton in England zusammengetroffen war. Nunmehr wird der eigene Bericht des jetzt in der Schweiz weilenden Seesoffiziers veröffentlicht, der durchaus eine Bestätigung der empörenden Vorgänge ist, die in der ersten kurzen Meldung mitgeteilt wurden. Wir geben daraus das Folgende wieder:

Am 21. September morgens gegen 9 Uhr wurde der nach England bestimmte englische Dampfer „Arbino“ etwa 80 Seemeilen südöstlich von den Scillys durch Geschützfeuer derjenige. Der Beschlag war etwa eine halbe Stunde Zeit gegeben worden. Als „Arbino“ mit schwerer Schiffsseite und brennend dalag, kam eine Rauchwolke in Sicht. „U 41“ ging vor den Dampfer, tauchte und ließ ihn auf etwa 200 Meter passieren. Er fuhr die amerikanische Flagge ohne Neutralitätsabzeichen an den Bordwänden. Jemand was Auffälliges war nicht zu bemerken. „U 41“ tauchte auf und ließ den Dampfer durch Flaggensignal stoppen. Der Befehl wurde sofort ausgeführt und beide Fahrzeuge näherten sich mit geringer Fahrt auf Gegenkurs. Auf das Signal, die Papiere an Bord zu lassen, nahm der Dampfer das Gegenflaggen „Salt“ und machte Anhalten, ein Boot zu Wasser zu lassen. Auf „U 41“ war das vordere Geschütz besetzt. Als sich beide Fahrzeuge auf etwa 300 Meter querab hatten, wurde von dem Dampfer plötzlich heftiges Feuer eröffnet. Zunächst aus Dreiwerten entlang der ganzen Reiting, dann aus vor und achtern hinter der Bordwand verborgenen gehaltenen 7,6-Zentimeter-Geschützen. „U 41“ gab noch aus dem vorderen Geschütz drei Schuß ab, die alle im Vorwärtss des Dampfers trafen. Trotzdem der Kommandant sofort den Befehl gegeben hatte, das Geschütz zu verlassen, wollten die Matrizen weiterfeuern; sie mußten vom Steuermann heringeholt werden. „U 41“ hatte mehrere Granatstreifer bekommen; kurz bevor der Turm unterquert, bekam er noch einen Treffer gegen ein Seitenfenster.

Der Dampfer führte während des ganzen Gefechtes die amerikanische Flagge weiter. Allerdings wurde der Flaggenstock nach hinten umgeschlagen, doch wurde die Flagge nicht durch die englische ersetzt und blieb wehen.

Die nun folgenden Vorgänge während der Unterwasserfahrt und des Unterganges des Bootes berichtet ich nach den Aussagen des Steuermanns Gebau, da ich während dieser Zeit infolge meiner Verwundungen bewußtlos im Turm lag.

Auf etwa 20 Meter wurden Wasserbüchse in der Zentrale und im Vorderdampf gemeldet. Außerdem hielt der Turm nicht mehr dicht. Hauptleistungspumpe verlor die Regler waren gestört. Bei circa 40 Meter ging der Kommandant in die Zentrale. Sicherheitsgewichte wurden auf etwa 50 Meter geschlupft. Trotzdem kam das Boot noch auf beinahe 80 Meter, Tauchtank 6 und 7 mit Verluft ausgeblasen. Boot kam auf ebenen Kiel an die Oberfläche. Als der Turm aus dem Wasser kam, meldete der Rudergänger den Dampfer etwa 100 Meter vor dem Bug. Der Kommandant konnte jedoch nichts sehen und gab dem Steuermann den Befehl, das Turmluft zu öffnen, um auszugucken. Als der Steuermann den Dampfer etwa 200 Meter ostwärts sah, wurde Befehl zum Ausblasen und Alarmieren der Detektor gegeben. Der Steuermann sah nach den Kommandanten mit dem Decken des Luftmaßes beschäftigt, als der Bug plötzlich unterquert. Der Steuermann fiel vom Turm über Bord und sah das Boot, mit offenem Turmluft, die Schrauben hoch aus dem Wasser, untergehen.

Ich kam auf dem Wasser schwimmend wieder zu mir. Dem Dampfer, „U 41“ oder der Beschlag war nichts zu sehen. Nachdem ich eine Zeit geschwommen war, passierte mich der Dampfer auf etwa 60 Meter. Ich rief und freudte die Arme hoch. Als Antwort wurde ich verhöhnt, und die Beschlag spuckte nach mir. Da ich keine Schwimmweste hatte, zog ich mir, soweit es möglich war, die Saden aus und schwamm weiter. Nach längerer Zeit sah ich ein leeres Rettungsboot des Dampfers „Arbino“, als ich hineingelertet war, hörte ich in einiger Entfernung den Steuermann nach mir rufen und nahm ihn auf. Die Saden, und erst auszurufen, dann Segel zu legen und einen neutralen Dampfer zu suchen. Das Wetter war günstig. Wind etwa NW 4. Seegang 6-4, zeitweiliger Hagel. Ich legte mich wegen des Wundverlustes hinein ins Boot. Der Steuermann sah vorn. Nach einiger Zeit sahen wir den Dampfer wieder. Wir stellten uns aufrecht hin und winkten. Der Dampfer änderte Kurs und hielt mit hoher Fahrt auf uns zu. Bald bemerkten wir einen im Bug angeheulenden Mann, der den Kurs einwinkte und ab und zu mit der Faust drohte. Da der Dampfer nicht mit der Fahrt herunterging, konnten wir nicht mehr im Zweifel sein, daß er uns rammen wollte. Auf Verabredung sprangen wir kurz vor dem Rammen in seine Flugwelle und kamen so gut frei von der Schraube. Das Boot war ziemlich stark beschädigt, doch schwamm es noch auf den Luftkissen. Als wir wieder im Boot saßen, kam der Dampfer in einem großen Bogen mit gestoppter Maschine in die Nähe. Wir bekamen nach einiger Zeit eine Leine und wurden dann an Bord genommen.

Untergang des Bootes circa 12 Uhr mittlereuropäischer Zeit, an Bord gekommen circa 1 Uhr 55 Minuten Greenwicher Zeit.

Außer den Offizieren des „Arbino“, die wir wiederbekamen, trug niemand Uniform. Die Beschlag des Dampfers bestand nach Aussagen eines Obermatrosen aus Royal Navy-Uniform und trug einschließlich der Offiziere Zivilkleidung. Ich glaube, daß wir lediglich der Anwesenheit einer fremden Dampferbeschlag an Bord unsere Rettung zu verdanken haben!

Als wir an Bord gekommen waren, wurden wir achternaus geführt und bekamen etwas Brandy zu trinken; da kein Arzt an Bord war, verband mich der Steuermann, so gut wie es mit den vorhandenen Mitteln möglich war. Wir wurden dann in einen an Deck liegenden Kasten gesperrt. Er war so niedrig, daß ich mich nicht aufrecht setzen konnte. Warmes Zeug habe ich nicht bekommen. An Deck lag eine Matrasse mit zwei Decken und einem Kopfkissen. Der Kasten war nach vorn durch eine mit Eisenstangen verriegelte Schiebertür abgeschlossen. Unsere Bedürfnisse mußten wir 1 Meter entfernt an Bord verrichten.

Am Morgen des 28. Oktober lief der Dampfer gegen 4 Uhr in den Hafen von Balmouth ein. Ein Arzt kam an Bord und verband die Engländer. Der Steuermann beobachtete, daß etwa 10 Hängematten mit Verwundeten oder Toten von Bord gegeben wurden. Verzweifelte Hilfe bekam ich, trotzdem ich aus ungenügender Verklärung herausgenommen worden war, zu dieser Zeit nicht, sondern erst am nächsten Mittag.

Der weitere Bericht betrifft die Behandlung der Verwundeten, die ein Wundbeispiel kollektiver Gleichgültigkeit gegen das Leiden der Mitmenschen genannt werden muß. Es dauerte viele Tage, ehe Crompton in ein Lazarett gelangte, das ihm die zu fordernde Pflege geben konnte. Denn seine Verwundungen waren schwer. In seinem Berichte heißt es:

„Da ich Gefahr lief, auch auf dem rechten Auge blind zu werden, kam ich am 11. (Oktober) vormittags nach dem Militärhospital Devonport. Bei der Röntgenaufnahme des Rieherbruchs wurde ein Fremdkörper im Schädel festgestellt. Am 18. Oktober wurde ich operiert und eine Messing-schraube, die durch eine Granatexplosion in den Kopf eingedrungen war, entfernt. An der Bruchstelle des Riebers hatte sich inzwischen innen und außen ein schweres Abszess gebildet. Aus dem linken Auge wurden mit der Zeit mehrere Glassplitter herausgenommen, der letzte im Januar 1916.“

Am 8. November brachte man ihn nach Port, wo er in einem Militärgefängnis untergebracht wurde, und wo wiederum die ärztliche Behandlung gleich Null war. Sie reichte sogar in London nicht zu, wenn auch die Unterbringung im Hospital Lob verbietet. Zum Schluß berichtet Crompton über seine monatelangen vergeblichen Bemühungen, ausgetauscht zu werden. Erst im Sommer 1916 kam er als Internierter nach der Schweiz.

zierungsbezirken Arnstadt und Düsselndorf haben sich den Anordnungen der Regierung gefügt. Nur einige Städte haben Beschwerden beim Minister erhoben, sind aber abschlägig beschieden worden. Am 12. Januar hat auch der ständige Ausschuss der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher des Wahlkreises Dortmund-Hörde dazu Stellung genommen und folgendes Telegramm an den Minister des Innern, Herrn v. Roebell, gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter der Stadt Dortmund, des Landkreises Dortmund und des Landkreises Hörde erachten die Besetzung der Kartoffelration auf drei Pfund pro Kopf und Woche als die unglücklichste Kriegsmassnahme, die bisher von der Regierung getroffen worden ist.

Der Minister sollte diese Anordnung schleunigst aufheben.

Aus Industrie und Handel.

Wichtigste Beschäftigung der deutschen Wagenbauindustrie.

Die Transportfähigkeiten veranlassen nach dem „Lokalanzeiger“ das Preussische Eisenbahnministerium, vom Landtag für das nächste Etatsjahr eine hohe Summe für die Ergänzung des Wagen- und Lokomotivparks zu verlangen. Im Jahre 1916 wurden 1600 Lokomotiven, 31 239 Gepäcke- und Güterwagen, 1700 Personenwagen bestellt. In diesem Jahre soll die Zahl der Personenwagen die gleiche bleiben, dagegen erheblich mehr Lokomotiven und Güterwagen in Auftrag gegeben werden. Die Wagenbauanstalten werden Rohstoffe und Arbeitskräfte erhalten. Auch auf der am Sonnabend abgehaltenen Generalversammlung der Waggon- und Maschinenfabrik A.-G. vorm. Borsch, auf der die Dividende für Vorzugsaktien auf 25 Proz. und für Stammaktien auf 17,5 Proz. festgesetzt wurde, teilte die Verwaltung mit, daß der vorliegende Bestand an Aufträgen sehr groß sei und den des Vorjahres wesentlich übersteige. Auf Grund dieser Mitteilungen stiegen an der Berliner Sonnabendbörse die Aktien von Orenstein u. Koppel, Schwarzkopff und Eggesdorff.

Ein schwedisches Ausfuhrverbot für Eisenerz.

Die „Aftn. Tg.“ meldet aus Stockholm: Die Zeitung „Stockholms Dagblad“ verlangt ein Ausfuhrverbot für Eisenerz, denn dadurch könne Schweden ein vortreffliches Tauschobjekt gegen deutsche Kohle gewinnen. Ein Ausfuhrverbot für diese Rarität sei die beste Art, um auf dem Wege der Kompensation in Zukunft die Einfuhr von Steinkohle nach Schweden zu sichern. Die Schwierigkeit liege in der Frage, ob nicht der bestehende Handelsvertrag Schwedens mit Deutschland den Vorschlag schon unmöglich mache.

Som Eisenmarkt. Das Kriegsgeld will dem Preisstreben nicht nachgeben. Für Drahtsorten wurden nicht zu übersehende Richtpreise festgelegt, die formell als neue Konventionspreise festgesetzt werden. — Nieten- und Schraubenpreise sind neuerdings erheblich gestiegen.

Randigung der Handelsverträge Italiens. Das italienische Amtsblatt enthält eine Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, wonach die Handelsverträge mit Japan, Rumänien, Australien, Serbien, Spanien und der Schweiz gekündigt werden und mit dem 31. Dezember 1917 ihre Wirksamkeit verlieren. — Die wichtigeren Handelsverträge Italiens mit Deutschland und Österreich-Ungarn sind durch die Kriegserklärung zerfallen worden.

Das Defizit beim Panamakanal beträgt für 1915/16 8 Millionen Mark. Höhere Kanalgebühren werden geplant.

Berichtigung. In der unter der Spitzmarke „Ein typisches Kriegsschicksal“ erscheinende Notiz wird fälschlich gesagt, daß das Geschäftsjahr 1915/16 für die Tuchfabrik Aachen vorm. Suskind u. Sternau A.-G. einen Rekordabsatz gebracht habe. Wie sich aus dem Zusammenhange ergibt, wurden die glänzenden Gewinne im Geschäftsjahr 1914/15 erzielt.

Norwegen und Deutschland.

Kristiania, 12. Januar. Das durch die deutschen Zeitungen über den beabsichtigten Interview des Unterstaatssekretärs Freiherrn von dem Buse mit dem Vertreter des „Aftenposten“ in der letzten Zeitung nicht abgedruckt worden. Die einseitige Haltung gewisser Zeitungen in Norwegen wird durch dieses Vorkommnis treffend illustriert.

Soziales.

Der Unterhaltsanspruch unehelicher Kinder und die Kriegsteuerung.

Unter den Personen mit gleichgebliebenem Einkommen, die nicht in der Lage sind, den Beruf plötzlich zu wechseln und die Feuerung durch eine bessere Verwertung ihrer Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt ein wenig auszugleichen, leiden erheblich unter der Feuerung alle diejenigen, die sei es auf Grund der Sozialversicherung, sei es des bürgerlichen Rechts schon früher festgesetzte Unterhaltsbezüge, Renten und dergleichen beziehen. In der Sozialversicherung ist eine Erhöhung der früher festgesetzten Renten auf Grund der Feuerung nach der Gestaltung des Rechts im allgemeinen ausgeschlossen. Anders steht es dagegen mit den Bezügen des bürgerlichen Rechts; die Zivilprozessordnung bestimmt im § 329: „Eritt im Fall der Verurteilung zu künftig fällig werdenden, wiederkehrenden Leistungen eine wesentliche Veränderung derjenigen Verhältnisse ein, welche für die Verurteilung zur Einrichtung der Leistungen, für die Verurteilung der Höhe der Leistungen oder der Dauer ihrer Entrichtung maßgebend waren, so ist jeder Teil berechtigt, im Wege der Klage eine entsprechende Abänderung des Urteils zu verlangen.“ Der Anspruch des unehelichen Kindes gegenüber dem Vater umfaßt „den der Lebenshaltung der Mutter entsprechenden Unterhalt“. Er erstreckt sich auf „den gesamten Lebensbedarf, sowie die Kosten der Erziehung und Vorbildung zu einem Beruf“ (§ 1708 BGB). Renten, die auf Grund unerlaubter Handlung, aber auch des Hofpfandsgesetzes und des Automobil-Haftpflichtgesetzes zu gewährt sind, sollen die durch die Verletzung des Körpers oder der Gesundheit ausgeübte oder geminderte Erwerbsfähigkeit, ebenso eine etwa eingetretene Vermehrung der Bedürfnisse erlegen. Die Abhängigkeit des „gesamten Lebensbedarf“ usw. in Geld geht natürlich von der Preisgestaltung zur Zeit der Urteilsfällung aus und nimmt die bestehenden Preise als vorläufig bleibend an. Eine Umwälzung der Preise, wie sie jetzt durch den Krieg erfolgt ist, stellt zweifellos eine wesentliche Veränderung der ursprünglich für die Höhe der Renten maßgebend gewesenen Verhältnisse dar, eine Veränderung, die zur Zeit der früheren Verurteilung vorhanden noch nicht zu übersehen war und die dem gewöhnlichen Lauf der Dinge, wie er zu dieser Zeit erscheinen mußte, nicht entspricht. Die Feuerung berechtigt daher zur Klage auf Erhöhung der Renten, der Unterhaltsbezüge usw. in allen den Fällen, in denen die Höhe der Verpflichtung nach dem Preis des Lebensbedarfs festgesetzt ist. Diese Ansicht hat das Landgericht I Berlin in einer in der „Zur Wochenzeitung“ vom 15. April 1916 veröffentlichten Entscheidung vom 9. Februar 1916 ausgesprochen und zur Begründung unter an-

derem angeführt, daß „mit den jetzigen infolge des Krieges eingetretenen Preisverhältnissen bei Erlaß des Urteils in keiner Weise gerechnet werden“, und angesichts der außerordentlichen Teuerung auch eine „wesentliche“ Veränderung nicht beweist werden könnte — Bei den jetzt zur Festsetzung gelangenden Renten sind, was wohl kaum besonders zu betonen ist, die gegenwärtigen Preise bei der Bestimmung der Höhe der Renten zu berücksichtigen. — Da diese Rechtslage nicht sehr bekannt ist, möchten wir ganz besonders darauf hingewiesen haben.

Bahnungsfürsorge für kinderreiche Familien.

Der Deutsche Städteverband veranstaltete eine Rundfrage über die Wohnungsfürsorge der deutschen Städte. Nur aus vierzehn Städten, aus Bamberg, Dessau, Dresden, Duisburg, Emden, Eilenburg, Freiburg, Heidelberg, Königsberg, Lüdenscheid, Rülheim (Ruhr), Rheidt, Stolp und Tüft sind Antworten eingelaufen über Maßnahmen zur Wohnungsfürsorge kinderreicher Familien. Dieses betrübliche Resultat zeigt, wieviel ersperrliche Arbeit hier noch zu leisten ist. Wenn auch durch die augenblicklichen Verhältnisse des Krieges die Arbeitskräfte und Mittel der Städte reichlich in Anspruch genommen sind, läßt doch gerade die Gegenwart eine Fürsorge für kinderreiche Familien dringend geboten erscheinen. Die gesundheitsliche und sittliche Kraft des heranwachsenden Geschlechts kommt hier in Betracht. Die Fürsorge für dieses steht aber nicht nur wie der Stadt, der Allgemeinheit zu, ist also im weiteren Sinne eine staatliche Aufgabe. An den Staat ist deshalb in erster Linie die Forderung wirklicher Fürsorge dieser Art zu stellen. Womit sich jedoch nicht die Städte begnügen dürfen, denn auch ihnen kommt die gesundheitsliche und sittliche Kraft der Einwohner zugute. Und sie können die Bahn bereiten, auf der der Staat dann weitergehen kann.

Eine Änderung der österreichischen Krankenversicherung ist durch § 14-Verordnung erfolgt. Sie soll in drei Monaten in Kraft treten und führt Nebamenhilfe ein. Während bisher für das 6prozentige Krankengeld die höchste Lohnklasse 4 Kronen war, werden nun 11 Lohnklassen von 1 Krone bis 8,30 Kronen geschaffen. Dagegen soll das Krankengeld statt vom Erkrankungsstag erst vom dritten Krankheitsstag an gezahlt werden; ihre Höchstdauer wird von 20 auf 26 Wochen erhöht; die bisher nur im Höchstmah auf 6 Wochen begrenzte Wächnerinnenunterstützung wird allgemein auf 4 Wochen festgesetzt. Stillenden Müttern wird überdies das halbe Krankengeld 12 Wochen lang gewährt. Das Sterbegeld wird fortan nur für Versicherte gezahlt, deren Krankengeldanspruch nicht seit mehr als einem halben Jahr erloschen ist und beträgt dann das Dreifache des durchschnittlichen Tagesdienstes, jedoch mindestens 60 Kronen. Viele Kriegersfamilien werden durch die Halbjahrsauslei um das Sterbegeld kommen. Von der Familienversicherung werden Versicherte mit einem Jahreseinkommen von mehr als 2400 Kronen in zwei Provingen, bis 4800 Kronen in Wien — je nach der Einteilung des Ortes für die Aktivitätsjahre der Staatsbeamten — ausgeschlossen. Die Ärzte sind raboniert, es kann aber freie Arztwahl gewährt werden. Weitere Bestimmungen betreffen das Verhältnis der Ärzte zu den Ärzten, die Kasserverbände usw. — Seit 1908 haben Parlamentsausschüsse an der Sozialversicherung gearbeitet, ohne zum Abschluß zu kommen.

Berichtszeitung.

Verweigerung des Entlassungsscheins.

Eine mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung in Widerspruch stehende Auffassung über die Erteilung eines Entlassungsscheins verfocht vor dem Gewerbeamt der Vertreter der Firma Märkische Lederwerke. Ein Arbeiter, der bei der Firma beschäftigt war, hatte aufgehört, weil er mit der Herabsetzung seines Akkordlohns nicht einverstanden war. Da er keinen Entlassungsschein erhielt und deshalb keine Arbeit fand, klagte er beim Gewerbeamt auf Schadenersatz. Der Vertreter der Firma berief sich auf die Statuten des Unternehmervereins, welche bestimmen, daß kontraktbrüchigen Arbeitern kein Entlassungsschein zu geben ist. Der Vorsitzende erklärte dem Vertreter der Firma, daß der Arbeiter bei Lösung des Arbeitsverhältnisses einen Entlassungsschein nach der Gewerbeordnung verlangen kann, daß übrigens der Kläger gar keinen Kontraktbruch begangen hat, weil es ja in der Arbeitsordnung der besagten Firma ausdrücklich heißt, daß das Arbeitsverhältnis jede Stunde gelöst werden kann. — Der Vertreter der Firma entgegnete darauf, der Kläger habe andere Arbeiter veranlassen wollen, ebenfalls die Arbeit niederzuliegen. Das sei ein Kontraktbruch, oder doch ein Disziplinbruch, der die Firma schwer hätte schädigen können. Unter solchen Umständen gebe es nach dem Statut des Arbeitgebervereins keinen Entlassungsschein. — Wie sich bei den weiteren Verhandlungen herausstellte, findet ein Arbeiter ohne Entlassungsschein bei keinem Mitgliede des Unternehmervereins Arbeit. — Schließlich ließ sich der Vertreter der Firma doch überzeugen, daß sein Standpunkt rechtlich unhaltbar ist. Er schloß deshalb einen Vergleich mit dem Kläger.

Ablehnung eines Organisationsvertreters vor dem Gewerbeamt. Ein eigenartiger Fall von Ablehnung eines Bevollmächtigten ereignete sich am Freitag vor dem Gewerbeamt der Stadt Berlin, Zimmer 1, Vorsitzender Justizrat Janzen. Einem Maschinenisten war von der besagten Firma, einer Wäscherei, der volle Wochenlohn einbehalten worden. Die Firma glaubt sich hierzu berechtigt, da der Kläger am Ausgange eines Dampfessels die Schuld tragen solle. Der Kläger wandte sich an seine Organisation, den Verband der Maschinenisten und Heizer, dessen Bevollmächtigter Jacobi die Streitsache vor dem Gewerbeamt vertrat. Von dem Vorsitzenden wurde aber dieser Bevollmächtigte, weil er Organisationsbeamter sei, abgewiesen. Die Vertretung geschäftsmäßig betreiben, abgewiesen. Der Vorsitzende machte geltend, das Gesetz bezwecke mit der Ausschaltung von Personen, die die Vertretung geschäftsmäßig betreiben, wie Prozeßagenten und Rechtsanwälte, daß die Verschleppung von Prozessen vor dem Gewerbeamt verhindert werde. (Der Vorsitzende ist Hülfsschlichter und sonst Rechtsanwalt in Berlin.) Der Klagevertreter bemerkte, daß es völlig ausgeschlossen sei, daß er die Vertretung geschäftsmäßig oder gewerbmäßig betreiben. Der Kläger sei einfach Mitglied der von ihm vertretenen Organisation und habe als solcher Rechtsschutz. Er sei auch zu wenig sprachgewandt, um seine Klage in geeigneter Form vorzubringen. Uebrigens sei er, der Bevollmächtigte Jacobi, mit Ausnahme eines Falles noch nie von irgendeiner Kammer abgewiesen worden. Im Gegenteil sei sehr häufig Mitgliedern, welche direkt zum Gewerbeamt gegangen sind, dort bedeutet worden, die Sache doch lieber durch ihre Organisation anhängig machen zu lassen.

Welcher Schaden unter Umständen für die Organisationsklage durch die Ablehnung ihrer Vertreter entstehen kann, läßt sich unter anderem sehr deutlich an den vor Jahresfrist vor dem Gewerbeamt verhandelten Urlaubslagen gegen die H. G. M. erkennen. Diese Klagen hat Jacobi zum größten Teil durchgefochten und den Familien der im Felde stehenden Mitglieder zu ihrem Recht verholfen. Hier wäre es für das Gericht gar nicht möglich gewesen, mit den Klägern einzeln zu verhandeln. Diese Sachen lagen auch so schwierig, daß ungeschulte Kläger nicht gewandt genug gewesen wären, um ihre Klagen selber mit Erfolg durchsetzen zu können. Beschwerden gegen die Ablehnung wird eingeleitet werden. Es wird übrigens auch Sache der Arbeitgeber-Beitzer des Gewerbeamts sein, in dieser Angelegenheit noch ein ernstes Wort zu reden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist (eben das 15. Heft vom 1. Band des 33. Jahrgangs erschienen).
Die deutsche Prinzessin. Roman von Georg Hirschfeld. Kronen-Pfeiler 20. 31. Gr. geb. 1 M. Kronen-Berlag G. m. b. H. Berlin SW 68.
Der Lohn der Lyber. Von Hibel. Fr. 10 Pf. Verlag Alfred Janben, Hamburg 1.
Die Lebensmittelferzeugung der Städte. Von Dr. C. H. H. n. Gr. 1,40 M. — Verführergelen und Kriegskostengelen. Von Dr. Paul Bensch. Fr. 1,40 M. Volkswirtschafts-Verlag G. m. b. H. R. M. G. G.

Verband der Lithographen, Steindruckern u. verwandten Berufe (Deutscher Senefelder-Bund).

Unseren Mitgliedern in dem wir die Abrechnung der Mittel, die unter Leitung der Lithographen Georg Retzlaff

am 11. Januar an den Folgen eines Nerveneidens nach vierwöchigem Krankenlager verstorben ist. Wir denken in ihm einen aufrechten Kollegen, der es verstanden, in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann die Interessen seiner Berufsgenossen stets wahrzunehmen. Sein Andenken werden wir in Erinnerung halten!

Die Beerdigung findet am Montag, den 15. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Riederhöfchenhauer Kirchhofes in der Germanenstr. (Südend) aus statt. Eine rege Beteiligung erwartet die Verwaltung. Die beste Verbindung ist mit Linie 36 u. 37.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Mariendorf und Umgegend.

3. Bekanntmachung. 3. Nachtrag zur Satzung d. Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Mariendorf und Umgegend.

(Beschl. vom Aussch. am 27. November 1916.) § 53 erhält folgende Fassung:

Nachträge werden wie Gemeindegeldbeiträge erhoben. Dem Beitragsverpflichteten geht leitens der Kasse eine schriftliche Mahnung voraus, für die eine Abgabegeld nach den amtlichen Sätzen erhoben wird. Diese beträgt:

für einen Betrag bis 3 M. 10 Pf.
für einen Betrag von über 3 bis 15 M. 20 Pf.
für einen Betrag von über 15 bis 100 M. 40 Pf.
für einen Betrag von über 100 M. 75 Pf.

Nachgebühren werden wie Nachträge beigetrieben. (§ 28 der R.-O.) Der § 84 der Satzung wird wie folgt geändert:

In Art. 1, Ziffer 1a, 1. Satz werden die Worte:

„Fahrkarte 3. Klasse, bei Dampfmaschinen 2. Klasse“

gestrichen und dafür gesetzt:

„Fahrkarte 2. Klasse, beim entsprechenden Klasse der Dampfmaschine“

Abg. 3 wird gestrichen und erhält dafür folgende Fassung:

Für jede Vorstandssitzung, Kommissionsitzung und Revision wird dem beteiligten Vorstandsmitgliedern bei einem Verlust von weniger als 3 Stunden 3 M., bei einem Verlust von über 3 Stunden 6 M. gewährt. Der Vorsitzende erhält außerdem 1,50 M. für jeden Tag seiner Amtsdauer. Für diejenigen Tage, an denen er vertreten wird, hat an seiner Stelle der Vertreter Anspruch auf diese Entschädigung.“

Diese Änderungen treten mit dem Tage der satzungsmäßigen Bekanntmachung in Kraft.

Genehmigt. Charlottenburg, den 8. Januar 1917. gez. v. Kostowski (H. S.) B. K. 323. 16. 273/16

Kranzspenden sowie sämtliche Blumenarrangements

Herzlichen Dank und herzlich Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. 301.7303

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuss.

Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung, Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufs- 225/16* störung, Teilzahlung. Sprechstunden 11—1 und 5—8

Kranken-, Sterbe- und Zufuhrkasse für männl. Personen aller Berufe Groß-Berlin.

Montag, den 12. Februar 1917, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Hummel, Sophienstr. 5.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenericht. 2. Bericht der Revisoren und der Schiedskommission. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Ergänzungswahl des Ausschusses. 5. Bericht des Kassens. 298/19

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

Der Vorstand. E. Georgelowitz.

Sterbekasse ehem. Pflugscher Arbeiter. (Hetzelsche Kasse.) Sonntag, den 29. Januar 1917, vorm. 9/10 Uhr pünktlich:

General-Versammlung im Vereinshaus Berlin, Ruffler, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

Tagesordnung: 1. Kassens- und Jahresbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Neuwahl von Vorstandsmitgliedern (1 Vorl., Kandidat und 2 Schriftführer). 4. Neuwahl der Revisoren. 17335* Eine Mitgliedschaft kein Zutritt. Der Vorstand.

J. Baer, Eke Badstr. 28 Prinz-Alte Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots, Ulster, Joppen, Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung Billigste, feste Preise

Westmann's Trauermagazin Große Auswahl. Billigste Preise. 1. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden) II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andrastr.) Auswahlanfertigung sofort. Am 7. Januar 1917. Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

Herranzüge, Burschenanzüge, Paletots

verkauft billig Sand, Schneiderei, Reimkenbörse Str. 118. 4/16

Besonderer Umstände

wegen ist in Riederhöfchen eine günstig gelegene Baustelle sehr billig zu verkaufen. Offerten unter V. 1 Hauptexpedition des „Vorwärts“.

Lungen

und Halskrankheiten verlangen Sie kostenl. Prospekt über bewährte Heilmethode, ohne Herabsetzung Sanitätstrat Dr. Weines Ambulatorium, Berlin 116, Zimmerstr. 95

Heilanstalt

für naturgemäße Heilung; Licht- u. Elektrotherapie, Homöopathie, Pflanzen- sowie Sauerstoff-Heilmethode. Erfolgreiche, langjährige Behandlung jeder Art! Innerer und äußerer, mögl. ohne Berufs- 225/16* störung, Teilzahlung. Sprechstunden 11—1 und 5—8

Heines Werke

3 Bände 5 Mark Buchhandlung Vorwärts

Möbel-Angebot.

Sollte Möbelfirma Herer Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Raten- 225/16* gütung bei keiner Anzahlung und gelagerten monatlichen Ratenzahlungen. Offerten W. 1 an die Expedition des „Vorwärts“.

Keine Kassierer. Größte Kassa.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen und verstorbenen Mitglieder gewidmet.

Baasner, Friedrich, Klempner, geb. 25. 7. 83, Epken.

Bursch, Karl, Schlosser, geb. 28. 4. 97, Lichtenberg.

Draheim, Paul, Schlosser, geb. 1. 11. 95, Berlin.

Exner, Eugen, Schlosser, geb. 10. 1. 83, Pantow.

Gorgas, Paul, Fräser, geb. 5. 2. 90, Berlin.

Hädelt, Gustav, Kernmacher, geb. 2. 8. 90, Silber-Sprottan.

Horn, Paul, Arbeiter, geb. 22. 1. 80, Borch.

Löffler, Benno, Schleifer, geb. 2. 2. 90, Berlin.

Meschke, Julius, Arbeiter, geb. 27. 3. 86, Stargard.

Mischke, Xaver, Helfer, geb. 15. 2. 84, Siedelhofen.

Reitzig, Otto, Schmied, geb. 4. 1. 81, Salsingen.

Roggenbäck, Karl, Werkzeugmacher, geb. 1. 7. 95, Steitlin.

Schöne, Paul, Klempner, geb. 15. 1. 87, Köbau.

Schulz, Max, Former, geb. 8. 7. 76, Berlin.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

1387



In treuer Pflichterfüllung fielen als weitere Opfer des Weltkrieges unsere Kollegen:

Fritz Gutschmidt, Industriearbeiter

Heinrich Weidner, Industriearbeiter

Paul Raethel, Mechaniker

Paul Bodenberger, Dreher

Stanislaus Zboralski, Industriearbeiter

Georg Scheer, Schleifer

Otto Kawel, Industriearbeiter

Gottfried Günther, Tischler

Georg Kohl, Mechaniker

Richard Engert, Volontär

Karl Möller, Ladierer

Bruno Prieske, Industriearbeiter

Willi Leonhardt, Klempner

Wladislaus Piekarra, Revolverdreher

Gerhard Quass, Industriearbeiter

Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten!

Die Kollegen und Kolleginnen der Firma E. Zwietsch & Co., Charlottenburg, Kaiserstr. 7.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

Felix Anders, Industriearbeiter.

Richard Anton, Möbelträger.

Willi Bock, Geschäftsdienner.

Stanislaus Braun, Industriearbeiter.

August Corduan, Geschäftsdienner.

Franz Ludwig, Lagerarbeiter.

Max Meißner, Industriearbeiter.

Karl Opitz, Kassenangehülter.

Karl Porsch, Radfahrer.

Hermann Reinecke, Speicherarbeiter.

Edmund Schimansky, Industriearbeiter.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksleitung.

71/3

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß folgende Kollegen auf dem Schlachtfelde gefallen sind:

Ernst Simon, Neukölln.

Richard Tillack, Schlacht- u. Viehhof.

Paul Vesper, Gasaustalt Gitschiner Str.

Artur Schäfer, 23. Revier-Inspektion.

Max Dossow, Schöneberg.

Hermann Farr, Niehsfelder.

Richard Weirauch, Engl. Gasaustalten.

Otto Fischer, Englische Gasaustalten.

Adolf Hemp, Gasaustalt Tegel.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

35/11

Die Ortsverwaltung.

Verband der Lithographen, Steindruckere

und verwandten Berufe (Deutscher Senefelder Bund) Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß folgende Kollegen als Opfer des Weltkrieges zu verzeichnen sind:

Erich Mundt, Photograph, gefallen am 6. November 1916.

August Rodler, Kupferretoucheur, an Influenza in einem Feldlazarett am 6. Dez. 1916 verstorben.

Karl Sengebusch, Acher, an den Folgen schwerer Lungenerkrankung im Feldlazarett am 10. Dezember verstorben.

Ein ehrendes Andenken ist ihnen gesichert!

106/12

Die Ortsverwaltung.

Turnverein „Fichte“ Berlin

Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.

Wiederum haben wir folgende Turngenossen als Opfer des Weltkrieges zu beklagen:

Fritz Sinner, 2. Männer-Abteilung.

Max Schulze, 3. „ „ „

Adolf Piotrowski, 4. „ „ „

Bruno Piur, 7. „ „ „

Paul Ehrenberg, 9. „ „ „

Alfred Jäger, 11. „ „ „

Ehre ihrem Andenken!

196/6

Wahlverein Marienfelde.

Am 20. Dezember fiel als Opfer des Krieges unser braver Genosse

Otto Fischer

Ins.-Reg. Nr. 372.

Er war einer der besten und fleißigsten Genossen.

Bei der Arbeit für die Freiheit nie verblassen.

Nie war die Müde ihm zu groß.

Zu helfen das Proletariat.

Dabei vergah er nie sein Weib und Kind.

Die nun so einsam und verlassen sind.

Wir werden ihnen dauernd gedenken!

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Johannisthal.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Genosse

Otto Schulz

verstorben ist.

Die Beerdigung findet am

Montag, nachmittags 4 1/2 Uhr,

von der Leichenhalle in Stahnsdorf aus statt.

108/16

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Ortsverein Neukölln.

Am 9. November 1916 fiel auf dem Felde der Ehre unser Mitglied

Hermann Jäkel.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Adolf Heith

Spandau, Nischendorfer Str. 41, am 9. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gärtler

Paul Huhn

Kontzeffstr. 12, am 10. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied der Schlosser

Wilhelm Schulz

Schlegelstr. 5, am 6. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

129/6 Die Ortsverwaltung.

Paul Müller

Landsturmann im Landwehr.

Ins.-Reg. Nr. 8

im 46. Lebensjahre.

Am 15. Oktober fiel auf dem Schlachtfelde unser lieber Kollege, der Seher

Franz Wilhelm

Sonntagskorporal in einem ungar. Gen.-Regt.

im 37. Lebensjahre.

Zwei Kollegen von lebensmüdigem Charakter und freiem Pflichtgefühl sind aus unserer Mitte gerissen, deren Andenken uns stets in Ehren bleiben wird.

Das Personal der Kgl. Hofbuchdruckerei E. S. Mittler u. Sohn, Berlin, 1749b

Zum Sterbetage

meines innigstgeliebten, unerschütterlichen Mannes

Georg Baumann

Garde-Füßler des Lebr.-Inf.-Reg. 6. Komp., gefallen am 15. 1. 16.

Daß Du von mir gegangen bist, ich kann es noch nicht fassen; und alles soll zu Ende sein, was mir vereint geschaffen.

Wie hast Du gelebt, gekämpft, wie Dich nur stets zuletzt gedacht; schlingt nun so früh zur Owigkeit.

Das bergen die paar Worte für 1749b

liebes, liebes Weib.

In schmerzlicher Erinnerung

Witwe Emma Baumann

und Sohn Rudl.

Schwägereltern und Schwägerin.

Tempelhof, Stolbergstr. 9.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drehschleifhänger

Karl Bethge

am 12. Januar im Alter von 65 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Danteschhofes in Reinickendorf, Wankelstraße, aus statt.

Nachruf.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter

Friedrich Pache

von der Firma Loewe, Reinickendorf, am 10. Januar im Alter von 42 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

71/4 Die Bezirksverwaltung.

Otto Krebs

Ins.-Regt. Nr. 576

im 30. Lebensjahre.

In namenlosem Schmerz der tiefbetrübte Vater neigt Kindern und Verwandten

Otto Krebs, Schneidemeister.

Berlin N., Invalidenstr. 103, p.

Kämpfen und Tiden war wie sein Gedanke,

Doß Stelle der Tod ihm selbst eine Schranke.

Die Beilegung wird noch erfolgter Ueberführung in die Heimat befanntgegeben.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme sowie die zahlreichen Spenden anlässlich des Todes meines innigstgeliebten Mannes, des Buchdruckers

Karl Möhle

setzt ich auf diesem Wege allen Vereinen und Korporationen, den Kollegen, Freunden, Bekannten und Verwandten aus Nah und Fern meinen tiefgefühltesten Dank.

Berlin SW, Mariendorfer Str. 16,

Martha Möhle geb. Lange.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Eugen Damerow

lagen mir allen, insbesondere Herrn Kanalle für die trostreichen Worte, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, dem Wahlverein und den Mitgliedern des Hauses unseren besten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Arbeiter-Notiz-Kalender

1*9*1*7

Mit dem Vorteil des vorerwähnten Kalenders ist die

bestmögliche Kalender seinen Vorgänger

vorzuziehen. Der wertvolle Inhalt ist

besonders hervorzuheben zu werden: Kapitalab-

bindung an Stelle von Krieg-Verfügung. —

Über die Kriegsfürsorge. — Sozialdemo-

kratie und Weltveränderung in der Kriegszeit. —

Was hat die deutsche Sozialdemokratie für den Frieden? — Die Gewerkschaften im 2. Kriegs-

jahr. — Der alte Friede.

Preis gebunden 60 Pf.

Buchhandlung Vorwärts

Endenbr. 3.

Spezialarzt

Dr. med. Colemann

f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleid., nerv. Schwäche, Bakterien-, Ehrlich-Wata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos

ob. Berufstätiger u. Dr. Homeyer & Co. konzess. Laboratorium

f. Blutuntersuchungen, Päden u. Harn

Friedrichstr. 81, gegenüber usw.

Spr. 10-1 u. 3-8, Sonnt. 10-1.

Honorar mäßig, auch Teilzahl.

Separates Zimmer.

Auszeichnungen nach außerhalb reiner Ansehung. Sonntags geöffnet 12-2 Uhr. Passendes für stärkere Figuren vorrätig.

Niedrige Preise!

Prachtvolle Pfischmäntel. Entzückende Pelzmäntel.

Sealplüsch, Mantelkleider, Pfischmäntel mit besten Pelzbesätzen, Plätt, Glockenformen, beste Qualitäten

450,- 300,- 200,- 175,- 90,- Wunderrolle Pfischmäntel, Modelle 85,- 72,- 56,- Astrachan, Krinmer, Mohrplüsch, entzückend aussehend,

zu niedrigen Preisen! zu niedrigen Preisen!

Frühjahr 1917

Modell-Kostüme — Mantelkleider.

Hilfsne Modelle, Frachtsärge, Kammgarn, Mantelkleider, Samt-Mantelkleider mit Pelz, Tuch, sport etc.

300,- 250,- 175,- 135,- 75,-

Entzückende Modell-Kostüme, vorjährig Samt, Seide, Kammgarn.

60,- 52,- 46,- 38,- 24,- 18,-

Seidenmäntel, imprägniert, Garnierte Kleider, Seide, Sammet, Modelle.

107,- 75,- 60,-

Vorjährige Seiden, Unummantel, entzückend aussehend, auch vorjährig.

30,- 27,- 24,- 15,-

Praktische Ulster, beste Qualität, Mantelkleider, wunderbare Stoffe, darunter Modelle.

150,- 130,- 90,- 60,- 48,- 36,-

Vorjährige fauche Ulster, gediegene Stoffe, Lodenmäntel, Staubmäntel.

80,- 74,- 62,- 48,-

Westmann

I. Geschäft: Mohrenstr. 7a

II. Geschäft: Große Frankfurter Str. 11a

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

